

Ercheint täglich außer Montags, Abonnement: Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 30 Pf., frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf., Post-Konnoement: 1,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1891 unter Nr. 6469.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Erpedition: Jant 6, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 2. Juni 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Obwohl die Getreidepreise zur Zeit eine Höhe erreicht haben, wie sie bisher nur in sogenannten Hungerjahren gezahlt wurden; obwohl es weiter eine, durch alle nicht aus agrarischen Kreisen stammende Berichte erwiesene Thatsache ist, daß die in Deutschland vorhandenen Kornvorräthe nicht entfernt hinreichen, um bis zur nächsten Ernte den Brotkonsum zu decken; obwohl weiter alle Anzeichen dafür sprechen, daß die nächste Ernte, wenn auch keinen allgemeinen Mißwachs, so doch ein stark unter dem Durchschnitt zurückbleibendes Ergebnis liefern wird, so weigert die Reichsregierung sich doch, trotz des — mit Ausnahme einer kleinen, aber wie es scheint allmächtigen Interessen-Klique — allgemein ausgesprochenen Verlangens, den Reichstag zu berufen und ihm eine Vorlage des Beschlusses der Getreidezölle zu machen.

Es scheint, daß der Reichsregierung die Gefahren, welche der Ernährung unseres Volkes und vor Allem des ärmeren und gewerbetätigen Theiles desselben durch die Brodtheuerung drohen — noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen sind, sonst wäre ihre Haltung einfach unbegreiflich.

Angesichts dieser Sachlage wird es Aufgabe des Volkes und vor Allem der Brodkonsumenten sein, der Regierung über die wirklich im Lande herrschende Noth und über die Stimmung der Bevölkerung klaren Wein einzuschütten. Wir fordern deshalb, besonders im Hinblick auf die heutige Erklärung des Reichskanzlers u. Caprivi im Abgeordnetenhaus, unsere Genossen auf, überall im Reiche mit der Einberufung von Volksversammlungen vorzugehen und als Tagesordnung in denselben aufzustellen:

Die Kornzölle und die Reichsregierung.

Gleichzeitig empfehlen wir unseren Genossen, allen diesen Versammlungen nachstehende Resolution zur Abstimmung zu unterbreiten:

Die Versammlung protestirt gegen den Entschluß der Regierung, trotz der Brodtheuerung die Kornzölle bestehen zu lassen;

Die Versammlung erblickt in diesem Entschluß der Regierung eine schwere Schädigung der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung und ist der Ueberzeugung, daß er den Großgrundbesitzern und Kornwucherern die Gelegenheit geben wird, ihr wolkswundstündes Treiben fortzusetzen.

Die Versammlung verlangt in Anbetracht der nahezu unerschwinglichen Höhe, welche die Brotpreise in Deutschland unter der Herrschaft der höchsten Getreidezölle unter allen Staaten Europas erlangt haben, die sofortige Aufhebung dieser Zölle, die nur ein Schutzoll der Reichen zu Lasten der Armen sind.

Die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, die in allen Gewerben und Industrien vorhandene Tendenz, die Löhne herabzusetzen, and die gleichzeitig vor sich gehende beständige Steigerung der Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel machen die geforderte Maßregel zu einer gebieterischen Nothwendigkeit.

Berlin, den 1. Juni 1891.

Der Parteivorstand.

Feuilleton.

Abdruck verboten.

73

Die Fallner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichel.

„Und wie stehen wir denn mit einander?“ fragte Lisei unwillig, indem sie stehen blieb.

„Hoy Taufend, bist Du so hitzig?“ lachte Jerg. „Ich habe bloß gemeint, ob Du dem Herrn Kuraten schon alles gesagt hast, was ich Dir neulich vorgestellt hab? Wenn Du es gethan hast, so wird er mir Recht geben, das weiß ich.“

„Das offene Feld ist wohl nicht der geeignete Ort, um solche Dinge zu besprechen,“ gab Hannes kalt zur Antwort. „Kein, liebster Herr Hannes,“ rief Lisei, „da er davon angefangen hat, will ich ihm auch gleich Bescheid geben. Was ich Dir neulich schon gesagt habe, bei dem bleib' ich. Mein Jawort kriegst Du nimmer, nicht mit Gütem, nicht mit Gewalt.“

Trotz der Selbstbeherrschung, die Jerg besaß, verfärbte er sich. Auf eine solche entschiedene Ablehnung war er nicht gefaßt gewesen. „Das spricht der Ambros aus Dir“, entlich ihm. Jedoch in der nächsten Sekunde war er wieder

Die Enzyklika des Papstes.

IV.

Nachdem der Papst sich der Sozialdemokratie so feindlich als möglich gegenübergestellt und der Bourgeoisie die bündigsten Versicherungen gegeben hat, daß er im Wesentlichen an ihrer Ausbeuterposition nichts geändert zu sehen wünscht, geht er in dem gleichfalls sehr umfangreichen zweiten Theile seiner Ausführungen zu den positiven Vorschlägen über, welche er zur Besserstellung der Arbeiter zu machen für nöthig hält.

Zunächst und hauptsächlich wendet er sich an den Staat, indem er ihm rath, durch allgemein gesetzliche Verordnungen und Einrichtungen für eine gedeihliche Entwicklung des Wohlstandes zu sorgen. Den allgemeinen Wohlstand verbürge Ordnung, Zucht und Sitte, sowie ein wohlgeordnetes Familienleben, Achtung vor Religion und Recht, mäßige Auflagen und gleiche Vertheilung der Lasten, Betriebsamkeit im Gewerbe, Industrie und Handel, günstiger Stand des Ackerbaues und ähnliches.

Während so der Staat gehalten sein soll, den Wohlstand des Volkes im Allgemeinen zu fördern, soll er im Besonderen sich der Arbeiter annehmen, indem er ihnen einen entsprechenden Antheil am Gewinne ihrer Arbeit sichert.

Nach dem Papste soll die Arbeit so viel für Wohnung, Kleidung und Nahrung abwerfen, daß das Dasein der Arbeiter kein gedrücktes ist. Ins Unzweifelnde überseht, würde das ohne Zweifel heißen: der Staat solle, wenn es nicht anders angehe, durch Festsetzung von Minimallohnen die Lage der Arbeiter zu einer halbwegs erträglichen machen und es zuwege bringen, „daß ein Stand, welcher dem Staat so notwendige Dienste leistet, nicht im Glende seine Existenz friste.“

Eine fernere Aufgabe des Staates ist es, dem Papst zufolge, daß der Staat die Sonntagsruhe sichere, welche eine von der Religion geheiligte Ruhe von der Arbeit sein solle. Ueberhaupt soll der Staat die Arbeiter gegen maßlose Ausnutzung seitens ihrer Brodherren sicher stellen, weil durch eine solche bewirkt werde, daß der Körper unterliege und der Geist sich abstumpfe; demgemäß müsse auch die Arbeitszeit bemessen sein. Es soll also nach dem Verlangen des Papstes ein staatlicher Maximal-Arbeitsstag festgesetzt werden, dessen Dauer er abhängig gemacht sehen will von der größeren oder geringeren Schwere der Arbeit und der dem Grundsatz entsprechend sein soll, daß die Arbeit nicht länger währen dürfe, als es die Kräfte des Arbeiters erlauben.

Auch einen Schutz der Frauen- und Kinderarbeit verlangt der Papst; auch sie sollen nicht über ihre Kräfte angestrengt werden und die Kinder sollen nicht eher in die Werkstatt oder in die Fabrik kommen dürfen, ehe Leib und Geist zur gehörigen Reife gediehen sei.

Dem freien Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern will der Papst eine Grenze gezogen sehen. Verträge, durch welche sich die Arbeiter zu einer über ihre Kräfte gehenden Arbeit verpflichten, oder sich mit einem Lohn einverstanden erklären, der zu ihrem Lebensunterhalt nicht ausreicht, seien sittlich unzulässig und darum zu unterlagen.

Damit in Fragen der täglichen Arbeitszeit aber und in die der Schutzmaßregeln gegen Gesundheitsgefahr und Unfälle sich die öffentliche Gewalt nicht in ungehöriger Weise einmische, erscheint es dem Papst in Anbetracht der Verschiedenheit der zeitlichen und örtlichen Umstände rathsam, diese Fragen Arbeiterausschüssen zu unterbreiten.

Diese Arbeiterausschüsse sollen von äußerlich freien Arbeitervereinigungen gewählt werden, auf die wir im Anschluß an die Ausführungen des Papstes weiter unten zurückkommen werden.

Noch nach einer sehr wesentlichen Richtung verlangt der Papst staatliche Fürsorge für die Arbeiter. Er will haben, daß der Staat sich bemüht, sie nach Möglichkeit alle zu solchen Menschen zu machen, welche — frei nach Eugen Richter — Sparkassen-Milliardäre genannt worden sind.

Das wäre in der That schließlich gar nicht so schwer. Wenn der Staat dafür sorgt, daß jeder Arbeiter wenigstens so viel Lohn empfängt, wie er zu seinem nothdürftigsten Lebensunterhalt braucht, und wenn außerdem der Fries der Sparsamkeit in allen Arbeitern nach Möglichkeit gepflegt wird, so wäre es schon denkbar, daß sich ein nicht unbeträchtlicher Theil der Arbeiterklasse von dem zum nothwendigen Lebensunterhalte gerade hinreichenden Einkommen so viel abdarbt, um sich Spargroschen zu ersparen, die im Laufe der Zeit zu einem für die überaus bescheidenen Arbeiteransprüche erklecklichen Sänmchen heranwachsen könnten.

Hat es nun der Arbeiter mit staatlicher und, wie wir später noch sehen werden, auch päpstlicher Hilfe erst so weit gebracht, so soll ihm wiederum durch staatliche Hilfe ermöglicht werden, einen kleinen Grundbesitz zu erwerben.

Damit sind wir an der Grenze angekommen, die der Papst für die Besserung der Arbeiterlage zieht. Das Ergebnis seiner sämtlichen Forderungen ist in kurzen Worten zusammengefaßt, folgendes:

Die Arbeiter sollen im Dienste der Kapitalisten arbeiten, so weit es ihre Kräfte erlauben. Sie sollen für ihre Arbeit einen Lohn empfangen, welcher zu ihrem nothdürftigen Lebensunterhalt gerade ausreicht und ihnen gestattet, kleine Ersparnisse zu machen, auf Grund deren sie sich der Hoffnung hingeben können, einmal für sich und ihre Familie zu einem bescheidenen Grundbesitz zu gelangen. Dabei soll der Staat sie sowie ihre Frauen und Kinder gegen übermäßige Ausbeutung und gegen Vereinträchtigung ihrer Sonntagsruhe schützen, die nöthigen gesetzlichen Vor-

herr seiner selbst und fuhr fort: „Ja, der Ambros; denn der Herr Kurat Fallner hat zu viel Verstand, um sich auf Deine Seite zu stellen.“

„Genug,“ rief Hannes und streckte die Rechte mit gespreizten Fingern Jerg abwehrend entgegen. „Ja, ich stelle mich auf die Seite meiner Schwester. Du rühmst meinen Verstand. Nun wohl, er reicht hin, um zu begreifen, daß alle Vernunftgründe, durch die Du Lisei für Dich zu stimmen versucht haben magst, an einem treuen Herzen ohnmächtig zerfallen. Darum stehe ab von Deiner Werbung! Oder willst Du Lisei durchaus aus ihrem Vaterhause vertreiben?“

„Und mein Herz soll nichts gelten?“ rief Jerg und schlug sich mit der Faust auf die Brust, in der es vor Wuth lochte.

Lisei wandte sich ab, um nicht seinem Auge zu begegnen. Wie war es nur möglich, daß er immer noch von seinem Herzen redete! Hannes aber sagte mit Unwillen:

„Wenn Du ein Herz besähest, so würdest Du nicht taub sein gegen die Stimmen der Religion, Ehre und Scham. Sie alle gebieten Dir, Lisei frei zu lassen.“

„Freilassen soll ich sie?“ zischte Jerg. „Fragen Sie doch den Klosterbauer selbst, ob ich's gewesen bin, der von der Deirath zuerst angefangen hat? Ist nicht seine Schwester, die Wesa, zu mir gekommen und hat mir angelegen, wie gut es dem Klosterbauer passen thäte, wenn ich und die Lisei ein Paar würden? Freilassen soll ich die Lisei? Gehen Sie doch hin auf den Klosterhof und

versuchen Sie, ob Sie die Lisei von Ihrem Vater frei predigen. Nachher wollen wir zwei miteinander reden.“

Er ging davon, voll Wuth und entschlossen, seine Werbung nicht aufzugeben.

„Jetzt ist's besiegelt,“ sagte Lisei leise vor sich hin als er gegangen war. Es klang als ob sie sich durch die Entscheidung erleichtert fühlte und sie dankte ihrem Bruder, während sie ihren Weg fortsetzte, daß er ihr so treu zur Seite stand.

„Mein Hans ist auch Dein Haus, das versteht sich von selbst,“ versetzte Hannes. „In einem Punkte hat Jerg aber Recht.“

Welcher Punkt es war, darüber äußerte er sich nicht und in Nachdenken versunken, bemerkte er auch nicht den fragenden Blick der Schwester.

Als sie jenseits des Spighörndlbaches den Uferand erstiegen hatten und nun der Klosterhof aus dem jungen Getreide und den Wiesen wie aus grünen Meeressmogen sich erhob, blieb Hannes stehen und sagte: „Ich werde mit dem Vater reden, ich begleite Dich auf den Hof.“

„Heilige Mutter Gottes, das ist ja unmöglich,“ rief Lisei erschreckt. „Was würde das geben?“

„Ich hätte es längst thun sollen,“ entgegnete Hannes ruhig; schon damals, als ich ersah, daß der Vater meinem Briefe wegen Ambros und Stasi keine Beachtung geschenkt hatte. Ja, schon damals wäre es meine Pflicht gewesen,“

Lehrungen wider Schädigung ihrer Gesundheit treffen und sie mit nicht zu hohen Steuerlasten belegen.

Das also ist der soziale Reformplan des Papstes.

Er will die Arbeiter in materieller Beziehung hart an den Rand des Hungertodes festgenagelt halten und sie mit der Hoffnung auf ein kleines Eigentum, ein winziges Gütchen, bis zur Lebensneige über die Fülle an Arbeit, die Nothdürftigkeit des Arbeitsertrages hinweg täuschen.

So weit in der That können die heute herrschenden Gewalten, wenn sie ihre bevorzugte Stellung nach allen Richtungen hin aufrecht erhalten wollen, die soziale Frage lösen — so weit da von „lösen“ die Rede sein kann —, nicht ein Haar breit weiter.“)

Der Papst hat aber nicht nur die Arbeiter als solche im Auge, sondern er berücksichtigt auch ihre sonstigen allgemeinen menschlichen Bedürfnisse und vergißt nicht, daß den Arbeitern auch noch ein wenig Zeit übrig bleibt, während der für ihre nützliche Beschäftigung im Sinne der Kirche und der herrschenden Gesellschaft gesorgt sein muß.

Zu diesem Zwecke nun sollen die Arbeitervereinigungen dienen, welchen er ganz besonders sorgliche Pflege gewidmet wissen möchte.

Diese Arbeitervereine sollen die Aufgabe haben gegenseitiger Unterstützung, privater Veranstaltungen zur Hilfeleistung für den Arbeiter und seine Familie bei plötzlichem Unglück in Krankheit und Todesfällen, der Herstellung von Einrichtungen zum Rechtsschutz für Kinder, jugendliche Personen oder auch Erwachsene u.

Als ein Hauptziel für die Thätigkeit dieser Vereine bezeichnet Leo XIII. die Herstellung und Erhaltung des Einklanges zwischen Arbeitern und Lohnherren in Bezug auf Rechte und Pflichten. Zur Erledigung gegenseitiger Beschwerden zwischen beiden Parteien will er eben jene vorerwähnten Ausschüsse aus den Vereinen hervorgehen sehen, die aus unbescholtenen und erfahrenen Männern zu bilden wären und deren Schiedssprüche entscheidende Geltung haben müßten. „Es wäre sehr wünschenswert,“ sagt er, „daß diese Schiedsgerichte Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeiter in ihrem Schooße hätten, und daß kraft der Statuten die Mitglieder der Arbeitervereine gehalten wären, sich an dieselben zu wenden.“

Welcher Leitung er diese Arbeitervereine anheimgegeben sehen will und was er mit den sozialistischen Arbeitervereinen vorhat, werden wir noch zu zeigen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. Juni.

Die Entscheidung betreffend der Getreidezölle wird in die Länge gezogen. In der letzten Sitzung des Bundesraths, welche am Sonnabend stattfand, kam die Angelegenheit zur Sprache, und auf eine Interpellation hin soll Herr von Bötticher erklärt haben, daß die Regierung noch keinen Beschluß gefaßt habe und „daß die Angelegenheit noch nicht so weit gediehen sei, um jetzt schon an die Einberufung des Reichstags zu denken.“ Ob eine solche Aeußerung wirklich gefallen ist, können wir nicht bestimmt sagen — gewiß ist aber, daß im Augenblick, wo wir dies schreiben, die Einberufung des Reichstags noch nicht erfolgt und das Publikum bezüglich der Absichten der Regierung völlig im Dunkel ist. Das ist ein unerträglicher Zustand.

*) Dies genügt zur Erwiderung auf die gegen uns gerichteten wüthenden Artikel der „Germania“. Wenn sie sich nach unserem ersten Artikel eingehend hatte, daß wir uns durch die „herrliche“ Encyklika haben Sand in die Augen streuen lassen, so hatte sie sich eben in unheimlicher Weise geirrt. Also, bitte, künftig etwas vorsichtiger!

fuhr er fort, während sich eine Blutwelle in seine hageren Wangen ergoß, „aber ich war feige“.

„Ach, herzlichster Bruder, wie können Sie sich selbst nur so scheitern, Sie, der so muthig das Schwerste getragen hat?“ wandte Lisei ergriffen ein.

„Vielleicht litt ich auch nur aus Muthlosigkeit,“ versetzte er mit einem melancholischen Lächeln. „Es wäre vieles, vieles anders gekommen, wenn ich zur rechten Zeit die rechte Tapferkeit gehabt hätte. Auch dieser Kußtritt mit Jerg eben wäre uns wohl erspart worden, wenn ich dem Vater schon damals männlich gegenüber getreten wäre. So will ich denn jetzt das Versäumte nachholen.“

Lisei schüttelte den Kopf. „Sie werden den Vater nicht anderen Sinnes machen, sondern ihn noch mehr aufbringen gegen sich,“ sagte sie besorgt.

„Komm nur,“ versetzte er zuversichtlich. „Du warst zugegen, als man in St. Vigil mich bewegen wollte, der Nachfolger des Herrn Voltendbecher zu werden. Ich werde die Pfarre nicht erhalten, denn ich müßte mich der Regierung unterwerfen, wie es Angelo Lacedelli, der Vikar, gethan hat und dazu werde ich mich nie entschließen. Aber in jenen Jutusen vernahm ich das Vertrauen, daß ich den Muth haben würde, die Rechte der Gemeinde und der Kirche gegen die Willkürmaßregeln der Regierung zu vertreten. Daß uns also gehen in Gottes Namen.“

Die Schwester blieb jedoch stehen. Sie bewunderte den Muth, den ihm die Liebe zu ihr gab; aber sie sah für keinen Theil ein Gutes daraus erwachsen, wenn er seinen Vorsatz ausführte. Darum bat sie ihn jetzt nochmals und dringender, davon abzusehen. Sie dankte ihm für den Beweis seiner Liebe; es würde aber ihr Loos nur erschweren, wenn es ihm nicht gelänge, den Vater umzustimmen und hierzu wäre vor der Hand keine Hoffnung. Das Bewußtsein im äußersten Falle auf die Hilfe des Bruders rechnen zu können, würde ihren Muth kräftigen; aber ihre eigene Sache müßte sie selbst führen.

Es wurde ihr nicht leicht, Hannes von seinem Vorsatz abzubringen und schon lautete die Mittagsglocke, als die Geschwister in der Nähe des Klosterhofes von einander schieden.

Die Theuerung besteht als Thatsache, welche neun Zehntel des Volkes an ihrem Leibe schwer empfinden; — zu untersuchen ist das nicht, es gilt zu handeln. Und Sache des Volkes ist es, nun seine Stimme zu erheben und der Regierung zu zeigen, daß die unverzügliche Abschaffung, oder wenigstens die Suspension der Getreidezölle eine Lebensfrage ist, deren Lösung keinen Aufschub erduldet.

Die sozialdemokratische Partei wird in dieser Krise thun, was ihr, als Vertreterin der am meisten unter den Getreidezöllen leidenden Klassen zukommt. —

Nachdem Vorstehendes geschrieben war, hat der Reichskanzler von Caprivi im Abgeordnetenhaus die Erklärung abgegeben, daß die Regierung nicht gewillt sei, die Aufhebung oder Ermäßigung der Getreidezölle jetzt bei dem Bundesrathe zu beantragen. Von einem Nothstand könne nach keiner Richtung die Rede sein. Die Ernte-Aussichten seien erheblich gebessert. Auch die auswärtigen Meldungen über den Ernte-Ausfall lauten günstig. Bei Aufhebung der Zölle würde nur ein Theil des Gewinnes dem Inlande zufließen. Zu einer theilweisen Herabsetzung habe sich die Regierung nicht entschließen können. Die Regierungen haben sich aber entschlossen, durch Handelsverträge eine Ermäßigung der Getreidezölle eintreten zu lassen. Die Staatsregierung sei sich ihrer Verantwortlichkeit voll und ganz bewußt, aber sie könne nicht die Verantwortung übernehmen, die Getreidezölle jetzt zu ermäßigen oder aufzuheben.

Diese Erklärung, deren Wortlaut in den Hauptpunkten unser heutiger Landtags-Bericht mittheilt, stellt die Thatsachen durchaus falsch dar. Unrichtig ist, daß das Inland keinen Vortheil von der Herabsetzung oder Abschaffung der Getreidezölle haben würde. Unrichtig ist, daß kein Nothstand bestehe. Und im Widerspruch mit allen uns vorliegenden Nachrichten steht es, daß die Ernteaussichten sich erheblich gebessert haben sollen.

Herr von Caprivi hat denn auch sofort ein sehr kräftiges Dementi seitens der Börse erfahren, indem die Getreidepreise sofort nach seiner Erklärung in die Höhe schmolzen. Die Kornwucherer haben wieder Oberwasser. Ein Verdienst hat aber jedenfalls die Erklärung: sie klärt die Lage.

Die Agrarier haben einen vollständigen Sieg erlangt. Das deutsche Volk soll die Hungerkur bis zum nächsten Jahr fortsetzen — das heißt, bis der österreichisch-deutsche Handelsvertrag in Kraft tritt. Das deutsche Volk würde den Anspruch auf politische Mündigkeit verwirken, wenn es auf die Erklärung des Reichskanzlers nicht die richtige Antwort fände.

Der Vorstand unserer Partei hat sich bereits mit einem Aufrufe an die Genossen gewandt, und wir sind überzeugt, diese werden thun, was der Moment erfordert. —

Ueber diese Wendung der Dinge wird der Ex-Reichskanzler entsetzt sein — er hat es erreicht, daß sein Nachfolger seine Politik treiben mußte, und kann sich deshalb mit Zug und Recht als Herrin der Situation betrachten. Die naive Gretchen-Frage: alter oder neuer Kurs? wird nun aber auch für die vertrauenseligste Auktionser männlichen Geschlechts und fortschrittlicher Gesinnung hoffentlich für immer entschieden sein. —

Der Bundesrath hat am Sonnabend den vom Reichstage einstimmig genehmigten Antrag Adelman auf Abänderung des § 157 des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes angenommen. —

Die nationalliberale Partei ist die erste, welche dem Verheerungs- und Auflösungsprozess, der sich in sämtlichen alten Parteien bemerkt macht, zum Opfer gefallen ist. Der sogenannte „Parteitag“, der gestern in Berlin abgehalten wurde, brachte das Wunder der Todterweckung natürlich nicht zu Stande. Ein Minister a. D., Hohrecht, leitete die Verhandlungen, ein Minister in spe, Herr von Bennigsen, ließ seinen Geist über den Wassern schweben, und der einzige Minister im Amt, welcher aus der Partei hervorgegangen ist, Herr Miquel, glänzte durch staatsflüchtige Abwesenheit. Der Reichskanzler a. D. warf seinen Schatten über die Debatten. Die Frage, ob die Partei sich ihm unterwerfen, also zur Partei Bismarck sans

Lisei fand den Vater in der Stube am Tisch, auf dem viele Papiere lagen, manche darunter von Staub und Alter vergilbt: Rechnungen, Schuldverschreibungen, Hypothekenscheine. Er war in Hemdärmeln und das Haar hing ihm unordentlich über die Stirn. Beide Arme auf den Rand des Tisches gelehnt, las er in einem Schriftstück, das er vor sich ausgebreitet hatte.

Unterdesse sah Ambros in der Sägemühle, wohin er Afrika nach dem Begräbnisse begleitet hatte. Es war zwar ein Nothstand und die Leidtragenden waren allmählig zu ihren Arbeiten zurückgekehrt, aber für Ambros gab es keine Wochentage. Die Arbeit auf seinem kleinen Hofe war ihm zu gering. Es gab für zwei zu wenig zu thun und so überließ er alles David allein. Der Vergleich mit der Wirtschaft auf dem Klosterhofe, wo er meistens auch nur mit Hand angelegt, wenn es ihm gefallen hatte, stand im Hintergrunde, und es kam ihm wie ein Spott auf seine Arbeitskraft und zugleich wie eine Demüthigung vor, daß er nun so im Kleinen mit Kleinem als Herr und Knecht in einer Person seine Tage hinbringen sollte. Die Zukunft, die er seinem Kinde würde bieten können, erschien ihm so erbärmlich, daß es nicht lohnte, darum einen Tropfen Schweiß zu vergießen. Wenig oder Nichts machte keinen Unterschied.

War es dem Klosterbauer Recht, daß sein Name von Bettlern im Thale geführt wurde, ihm konnte es auch Recht sein, und es gab Augenblicke, in denen er bei dem Kirchwasser es als Wollust sich ausmalte, dem Vater als ein Lump gegenüber zu treten und ihm zuzurufen: „Schau her, das hast Du aus Deinem eigenen Fleisch und Blut gemacht!“ Müßig zu Hause zu liegen, das brachte er aber auch nicht fertig und so trieb er sich überall umher voll Unruhe und Unbefriedigung und sich selber zur Last. Der Vater sah ihn oft genug in seiner Schenke, die ihm sonst viel zu gering gewesen war; denn in den Stern, wo er seinen alten Kameraden begegnet wäre, mochte er nicht gehen. Allein weder Schnaps noch Kartenspiel betäubte das nagende Gefühl in seiner Brust. Auch in die Sägemühle ging er wieder, er hatte Afrika ja versprochen wieder zu kommen. Ob bei seinen Besuchen der alte Arigaya zu gegen war oder nicht, war ihm gleichgültig. Er suchte nur

phrasen werden sollte, führte zu hitzigen Erörterungen und der Friede wurde nur dadurch, daß man der Frage vorläufig aus dem Wege ging, für den Augenblick hergestellt. Einweilen speiste man den Reichskanzler a. D. durch ein byzantinisches Telegramm ab, das ihm übrigens nicht sonderlich erbaulich haben wird; mit solchen Schaugerichten ist ihm nicht gedient. Schließlich nahm der Tag einstimmig folgende Resolution an:

„Daß es 1. Aufgabe der nationalliberalen Partei ist, in Fragen der Reichs- und Landespolitik unter Betonung ihrer altbewährten Treue zu Kaiser und Reich, ihre durchaus selbständige, von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen, gebildete, nach jeder Seite unabhängige Haltung zu bewahren und insbesondere die alten liberalen Grundlagen zu pflegen; 2. daß auf sozialpolitischem Gebiet ein Ruhepunkt unbedingt notwendig ist, der es gestattet, der praktischen Durchführung der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Gesetzgebung die volle Sorge zuzuwenden unter gleichzeitiger aufmerksamer Beobachtung der laufenden und etwa noch auftauchenden sozialen Bedürfnisse; 3. daß die Partei nach wie vor an dem Grundsatz festhält, daß wirtschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen sollen und deshalb in Fragen der Zoll- und Handelspolitik und des deutsch-österreichischen Handelsvertrages jeden Einzelnen nach seinem pflichtmäßigen Ermessen sich zu entscheiden überlassen bleiben muß.“

Wie der Stif, so der Mensch, sagte Buffon. Wie die Resolution, so die Partei — kann man hier sagen. Bei den Worten „durchaus selbständige“, „unabhängige“, „liberale Grundlagen pflegen“ u. s. w. werden auch die härtesten Gegentenden der nationalliberalen Anguren das Sachen nicht haben verheißten können.

Die praktische Bedeutung der Resolution ist, daß jedes Mitglied der Partei in der brennendsten Tagesfrage: der Getreidezollfrage, thun kann, was es will.

Das ist der von uns angeforderte Todtenschein in optima forma, den die Partei sich da selbst geschrieben hat. —

In Frankfurt a. M. hatten gleichzeitig die Deutschfreisinnigen einen Parteitag für Südwest-Deutschland. Herr Bamberger hielt dabei eine Rede, in der er von den Sozialdemokraten sagte:

„Der Schred vor der sozialdemokratischen Partei ist geschwunden, der Parlamentarismus hat sich als wirksames Heilmittel bewiesen. Es ist das Unglück der höheren Regionen in Deutschland, daß sie groß geworden sind in der Furcht vor dem revolutionären Umsturz. Die sozialdemokratische Partei eignet sich nach ihrer Entwicklung nicht mehr zu solcher Kampfführung, sie wird auch zur parlamentarischen Partei. Die Masse von Talent und Arbeitskraft, die sich in der parlamentarischen Partei der Sozialdemokratie entwickelt hat, nöthigt Achtung ab und ist für die anderen Parteien beschämend.“

Wenn Herr Bamberger glaubt, die Sozialdemokratie entwickle sich zu einer „parlamentarischen Partei“, so irrt er sich allerdings. Jedenfalls athmen aber seine Worte nicht jene bornirte Gehässigkeit, die sich in den Auslassungen anderer fortschrittlichen Führer, namentlich des Herrn Richter, unserer Partei gegenüber zu offenbaren pflegt. —

Einen Bericht über blutige Geste, deren Schauplatz Esleben war, findet der Leser in einem anderen Theile des Blattes. Der Vorgang ist noch nicht ganz aufgeklärt, Verschiedenes läßt uns aber zu der Vermuthung gelangen, daß wir es hier mit einem Schöpfung der famosen Kuppeltaktik zu thun haben, welche von unseren Gegnern für ihren „Kampf mit geistigen Waffen“ so warm empfohlen worden ist. —

Die herrliche „Marx'sche Hymnen-Weise“ hat selbst unsere grimmigsten Feinde moralisch erobert. Wie wir aus der Kreuz-Zeitung vom Sonnabend Abend ersehen, hat ein Polizei-Kommissarius Böllnig in Breslau eine neue „Arbeiter-Marx'sche“ gedichtet — natürlich mit entsprechendem Polizei-Inhalt. Indeß das macht die Sache nur um so interessanter; und wir werden es wohl noch erleben, daß Stöcker seinen nächsten „sozialen Kongress“ mit dem Gesang der Marx'schen eröffnet. Oder wird er gar, wenn er — seiner heißen Sehnsucht folgend — uns „trentenden Brüdern von der Sozialdemokratie entgegenkommt“ — selber die Marx'sche singen und so unser verstocktes Herz seiner „christlich-sozialen Liebe“ zu erschließen suchen? Beiläufig scheint er, seit ihm die Unterführung des ehemaligen Welfensfonds-Verwalters fehlt, mit seiner „Be-

Unterhaltung und Zerstreuung und in Afrika's Gesellschaft verging ihm die Zeit wie im Fluge. Sie war immer gesprächig, immer heiter und selbst seine äbelste Laune hielt vor ihr nicht Stand. Konnte Stasi nicht eben so sein? Aber die war immer schweigsam, und ernst, immer traurig. War es nicht fast wie eine Gnade, wenn sie ihm einmal ein freundliches Gesicht machte? Ihre Augen waren oft roth und geschwollen vom Weinen und er konnte das Weinen nicht leiden. War es ihm zu verargen, wenn er es zu Hause langweilig fand und nicht immer Stasi's vergrämtes Gesicht vor Augen haben wollte? War das Leben nicht schon ohne dies schwer genug?

Der alte Arigaya war schon bei der Arbeit im Vert-raum. Das Brausen des Wassers ausß Rad, das Rischen und Schnausen der Säge nahm am besten die unangenehmen Gedanken fort. Die wieder häufiger gewordenen Besuche des Ambros erregten ihm kein Arg; im Gegentheil, sie waren ihm willkommen, denn sie stünkten seine Frau heiter und verwandelten ihr Wesen in Sonnenschein, der sein altes Herz erquickte. Mit seinem Sohne redete er nur noch über die dringendsten Geschäftsangelegenheiten und Jerg ließ sich außer den Mahlzeiten in der Wohnstube nicht blicken.

In dieser war es angenehm kühl, denn das weit vorspringende Dach hielt die Strahlen der Mittagssonne ab, und das Rauschen und Brausen des Baches lud zur behaglichen Ruhe, auch wohl zum Träumen ein. Ambros aber laute verdrossen an seinem Schnurkorb. Lisei hatte ihm und dem Bruder von dem neuen Testament des Vaters erzählt. Afrika hatte ihren Hut abgelegt und verwahrt und stand nun mit verschränkten Armen vor ihm. Ihre großen, schwarzen Augen ruhten mit einem Glanze auf ihm, der ihm, wenn er nicht mit so unlieblichen Gedanken beschäftigt gewesen wäre, das heimliche Gefühl ihres Herzens hätte verrathen müssen. Stolz, Eifersucht und Entzignung drängten ihre Liebe nicht mehr zurück und sie ließ sich von ihr tragen und wiegen, wie eine Wasserrose von den Fluthen eines Sees. Sie glaubte damit an Stasi kein Unrecht zu begehen, weil sie Ambros nicht begehrte. Ja, er brauchte nicht einmal zu ahnen, daß er von ihr geliebt wurde. Ist es wahr, daß

wegung" sehr unzufrieden zu sein. Wenigstens äußerte er sich auf dem letzten „sozialen Kongress“ recht kleinlaut, und gab resigniert zu, daß er nicht der Mann sei, die Sozialdemokratie tot zu machen, und daß sie überhaupt nicht tot zu machen sei.

Aus diesem gnädigen Zugeständnis ersehen wir, welches dummes Zeug sich der Stöcker einst eingebildet haben muß.

Der biedere Cimbecker, der mißverständlich Weise zur Sozialdemokratie kam, und dann sein nationalliberales Herz entdeckte, spukt noch immer in der gegnerischen Presse. Nun, wir kennen den Mann nicht und lassen ihn gern nach seiner Façon selig werden. Für den Einen, der uns, sicherlich nicht zu unserm Schaden, wieder verlassen hat, trösten wir uns mit Tausenden und Tausenden, die allmählich durch die ökonomischen Verhältnisse und das politische Elend in unsere Reihen getrieben werden. Der biedere Cimbecker erinnert uns an jene spärlichen Rückwanderer aus Amerika, mit denen die reaktionäre Presse weiland Staat machen wollte — der Millionen nicht gedenkend, die, um dem deutschen Elend zu entfliehen, in die „Neue Welt“ zogen. Die Neue Welt in der alten — ist aber die Sozialdemokratie.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die offizielle Einladung zum Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Wir entnehmen dem Aufruf, der von den fünfzehn Redaktionen der gesammelten (auch der böhmischen, polnischen und italienisch-österreichischen) Parteipresse unterzeichnet ist, folgende Stellen:

„Parteiliegenoffen! Mehr als zwei Jahre sind verfloßen seit der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zu Gainsfeld stattfand. Er hat neuerlich die Prinzipien der Partei zum Ausdruck gebracht und ihr ein festes Programm für die Agitation und Organisation gegeben. Seitdem hat sich unsere Partei weit über alle Erwartungen entwickelt. Sie ist heute mehr als das je der Fall war, der getreue Ausdruck der proletarischen Bewegung in Oesterreich. Mit ihrer Stärke sind aber ihre Aufgaben zahlreicher geworden und gewachsen und unter den Parteiliegenoffen kommt überall die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß es an der Zeit sei, wieder einmal zusammenzukommen, die geleistete Arbeit zu überblicken, Stellung zu nehmen zur politischen Lage von heute und den Arbeitsplan für die nächste Zukunft festzustellen. Es sind sowohl Fragen der Taktik und Organisation der Partei, als auch insbesondere die vielfach gänzlich geänderten Verhältnisse, unter welchen wir zu kämpfen haben, welche eine solche Besprechung nötig machen. Bekanntlich bestand die Absicht, schon zu Ostern dieses Jahres eine Zusammenkunft zu veranstalten; die Reichsratswahlen und das Eintreten unserer Partei in die Wahlagitation machte einen Aufschub nötig. Nunmehr laden wir Euch, Parteiliegenoffen in ganz Oesterreich ein, am 28., 29., event. 30. Juni d. J. zu einem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammenzutreten. Unsere politischen Verhältnisse zwingen uns, den Parteitag auf geladene Gäste zu beschränken und wir ersuchen Anmeldungen bis zum 15. Juni an eine der unterzeichneten Redaktionen gelangen zu lassen. Der Ort der Zusammenkunft wird auf den rechtzeitig zugehenden Einladungsarten ersichtlich sein. Bezüglich der Tagesordnung bemerken wir, daß selbstverständlich der Parteitag selbst berufen ist, sie endgültig festzusetzen. Wir schlagen Euch vorläufig vor: I. Bericht über die Parteiliegenoffen seit dem Parteitag zu Gainsfeld. II. Stand und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich. III. Die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. IV. Die Arbeiterbewegung. V. Der Fortschritt der sogenannten „Sozialreform“ in Oesterreich. VI. Der internationale Sozialisten-Kongress zu Brüssel 1891; nationaler und internationaler Arbeiterkongress. VII. Parteiliegenoffen und Parteipresse. Parteiliegenoffen! Wir haben nur die wichtigsten Punkte herausgegriffen und ihr seht, daß diese schon ein weites und wichtiges Arbeitsprogramm bilden. Wir sind demnach überzeugt, daß Ihr, von der Wichtigkeit des Zusammenkommens durchdrungen, zahlreich erscheinen werdet und daß der nächste Parteitag das große und erfolgreiche Werk, das in Gainsfeld wieder begonnen wurde, entsprechend weiter führen werde. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich einen Ehrenplatz in den Reihen des internationalen, kämpfenden Proletariats errungen, sie hat sich die Liebe und das Vertrauen des arbeitenden Volkes, den trotz aller ihrer Macht ohnmächtigen, daß der Gegner erworben. Sie wird ihren Kampf führen — bis ans Ende. Es lebe die österreichische Sozialdemokratie!“

Wir brauchen unseren österreichischen Waffenbrüdern nicht erst zu versichern, wie groß die Teilnahme ist, mit der die deutsche Sozialdemokratie alle ihre Schritte begleitet. Möge ihr zweiter Parteitag ebenso erfolgreich verlaufen, wie der Gainsfelder Kongress.

kein Feuer so heiß brennt, wie heimliche Liebe, so ist es nicht minder gewiß, daß wo dieses Feuer im Herzen brennt, es das ganze Wesen durchglüht. Und ob nicht solch Feuer, trotz aller Wacht darüber heimlich zündende Funken versprüht?

„Lass' doch das Besinnen, der Jerg ist's wähllich nicht werth“, sagte Asra und verzog schmolend die vollen Lippen.

„Der Jerg ist ein Schuft“, rief er aufschraubend. „Ich verflieh's nicht, wie ich so gut Freund mit ihm hab' sein können.“

„Weil er Dir schön gethan hat, das ist einfach genug“, versetzte sie. „Sein drittes Wort ist immer der Ambros gewesen. Denn da Du unter den Buben das meiste gegolten hast, so hat es ihm ein Ansehen gegeben, Dein Freund zu sein. Seine Lustigkeit ist aber das Narrenseil, an dem er auch Alle geföhrt hat!“

„Magst wohl Recht haben“, murmelte er, sie betrachtend. Auch sie trug wegen des Begräbnisses ihren Sonntagsstaat. Wie aus dem Ei geschält sah sie aus und ihre kurzen Hemdärmel mit den breiten Spitzen weiteten an Weisheit mit ihren runden Armen.

„Mit leeren Taschen lernt Einer die Menschen besser kennen, als wie mit vollen.“ Lachte sie, und dicht vor seinen Stuhl tretend, fuhr sie lebhaft fort: „Und jetzt, weil wir davon reden: ist die Armut denn ein so großes Unglück? Ihr Männer wisset euch freilich nimmer zu helfen und hängt an euren Gewohnheiten wie die Klette am Aok. Wenn die Eisen in Dienst geht, wird sie kaum so schwer zu arbeiten haben wie jetzt, und ich mein' halt, daß sie Deinem Vater das Brot, welches sie bei ihm ist, theurer bezahlen muß, als es anderwärts kostet. Ich weiß, was es heißt, arm sein, aber ich bin nie so verarmt und glückselig gewesen, wie dazumalen, wo's daheim mitunter an Brot gescht hat. Es giebt Schlimmeres als die Armut.“

„Was denn?“ fragte er und dachte, wie häßlich sie in ihrem Eifer wäre.

„Es niht nichts, davon zu reden, das versteht ihr

Der Justizminister ordnete an, daß die Gewerbe-Inspektoren ihre Thätigkeit auf den Arbeitsbetrieb in den Strafankalten ausdehnen und insbesondere ihre Aufmerksamkeit auf die in denselben zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Sträflinge getroffenen Vorkehrungen richten sollten. — Leider ist es der österreichische Justizminister, von dem dieser vernünftige Erlaß herrührt — nicht der preussische.

Wieder einmal geht die Mittheilung durch die europäische Presse, daß der Nihilist Degajeff, der vor acht Jahren den Obersten Sudeikin tödtete, der russischen Polizei in die Hände gefallen wäre. Er soll in Kostroma, einer Stadt in Sibirien, gefangen genommen worden sein. Die Nachricht rührt von dem Petersburger Korrespondenten der „Times“ her. Die näheren Umstände, die er von der Verhaftung erzählt, klingen aber so romanhaft, daß er selber nicht recht an die Wahrheit seiner Mittheilung glaubt. Wir theilen diesen Zweifel vollständig.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Eisleben, 31. Mai. Eine Bande von mindestens 200 Bergleuten überfiel eine zu heute Nachmittag hier im Kronprinz projektierte sozialdemokratische Versammlung mit Knäppeln, Todtschlägern etc. und zertrümmerte ohne jede Veranlassung die Thüren und Fenster. Zwei Personen sollen todtschlagen sein; unzählige sind verwundet, darunter Leute mit 7-8 Kopfwunden. Die Polizeibeamten erschienen erst, als die Schlägerei schon zickel 1/2 Stunden gewährt hatte. Sie trieben die Sozialdemokraten aus Küche und Zimmern hinaus. Draußen wurden sie von den Knäppelhelden wieder geföhrt.

Die Vorgänge spotten jeder Beschreibung. Die Knäppelhelden hatten sich in einem anderen Lokal versammelt, wo sie vollständig freie Zechen und pro Mann 4 M. für die geplante Heidenthat erhalten haben sollen.

Ein Eislebener Genosse, welcher in Lebensgefahr einen Revolver nahm und ihn loswerfen wollte, wurde verhaftet, während von den Todtschlägern, soweit uns bis jetzt bekannt, Niemand festgenommen ist.

Ausführlicher Bericht folgt.

Erfurt, 31. Mai. Die Agitationskommission der Sozialdemokratie Thüringens beruft auf den 12. Juli 1891 nach Erfurt in den Kaiserpalast einen Parteitag der Sozialdemokraten Thüringens ein. Die vorläufige Tagesordnung desselben lautet: 1. Bureauwahl. 2. Berichterstattung der Agitationskommission. 3. Die Organisation und Agitation in Thüringen. Referent Paul Reichhaus. 4. Berichterstattung über die Thüringer Parteipresse und Diskussion darüber. 5. Stellungnahme zum Brüsseler internationalen Arbeiterkongress. 6. Stellungnahme zum bevorstehenden Jahreskongress der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 7. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Neurode. Aus dem Neuroder Kreise hatte der „Proletarier aus dem Gutesgebirge“ kürzlich gemeldet, daß das Landrathamt Broschüren gegen die Sozialdemokratie vertheilen läßt und jeden damit Beglückten mit 25 Pf. bestrafte, wenn er dieselben nicht liest. Diese Notiz berichtigt er nun dahin, daß diese 25 Pf. nicht erhoben werden wegen des Nichtlesens, sondern wegen des Nichtweitergebens der Broschüren. Was sagt denn die Regierung zu einer solchen Belämpfung der Sozialdemokratie von Seiten des Landrathsamtes?

Salzstadt, 28. Mai. Der verantwortliche Redakteur der „Sonntags-Zeitung“, Genosse R. Berg, wurde wegen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuchs, begangen durch den Abdruck eines Artikels: „Arbeiter, warum seid ihr arm?“ zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

Leiz, 29. Mai. Wegen Beleidigung eines Lehrers wurde Genosse Hoffmann, Redakteur des „Volksboten“ zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Düsseldorf, 27. Mai. Ehren-Männlich, der ehemalige Kronzeuge, stand am Montag, den 25. Mai, vor der hiesigen Strafkammer, angeklagt wegen Unterschlagung und Diebstahl resp. Verschleppung von Gegenständen zum Nachtheil anderer Personen. Männlich hatte auf das Sportlokalbuch eines gewissen Klinsberg, welcher bei ihm gewohnt hatte, Gelder erhoben, dem Bruder des Klinsberg, welcher die Sachen von seinem inzwischen

Männer nicht, entgegnete sie. „Aber ich wollt', daß ich noch arm wäre! Damals hab' ich an allem eine Freud' gehabt: wann die Sonne geschienen hat; wann am Sonntag Morgen die Gloden geklirrt haben und die Schwaben wiedergekommen sind. Du kannst es Dir freilich nicht vorstellen, an was so eine junge, arme Giltche ihre Freud' hat.“

„Doch“, sagte er und schaute nach ihrer Hand, die sie ihm achtlos ließ, indem sie fortfuhr: „So lustig bin ich gewesen wie kein Maikäfer! nicht und wenn ich mir ein schönes rothes Blüm'l hinter's Ohr gesteckt hab', da hab' ich ganz darauf vergessen, daß mein Mittel hat Kliden gehabt. Ach, du liebe Mutter Gottes, es war eine schöne Zeit!“

Sie blickte ihm mit einem wehmüthigen Lächeln in die Augen und die Wlcke Weider wurden tiefer und tiefer. „Aber tauschen möchtest Du jetzt doch nicht wieder, gelt?“ fragte Ambros mit einem eigenthümlich gedrückten Tone.

„Gleich auf der Stell', wenn ich wieder ein freies Madl werden könnte“, rief sie lebhaft und Ambros die Hand entziehend und an den silbernen Ketten ihres Wieders und der Schleife ihres Flürtuchs zerrend, fuhr sie mit glühenden Wangen fort: „Was liegt an all' dem Wunder? Mit tausend Freunden würd' ich alles hier lassen, alles, alles, und wenn ich barfuß davon gehen müßte, Meinweg mag alles der Teufel holen.“

„Ja, mag alles der Teufel holen“, wiederholte er erregt und umfachte mit beiden Armen ihren Leib.

Sie stemmte die Hände gegen seine Schultern und entwand sich ihm still. Er sprang auf.

„Ja, ich wollt' wir wären Beide von allem los und lebte“, rief er und umfachte sie von Neuem. Stürmisch schloß er sie an sich und küßte sie.

„O, thu's doch nicht“, murmelte sie und hatte doch nicht die Kraft, sich frei zu machen. Sie schmiegte sich im Gegentheil fester an ihn an und ließ es geschehen, daß er sie wieder und wieder küßte. Ihre ganze Liebe zu ihm schmachtete aus ihren schwarzen Bluthaaren.

(Fortsetzung folgt.)

verstorbenen Bruder holte, einen Schuldschein anstatt Geld gegeben und einen Theil der Kleider noch zurück behalten, mit welchen er erst auf mehrmalige Aufforderung herandrückte. Das andere Faktum verhielt sich folgendermaßen: Der Glas-maler Weiners, welcher in schlechter Geschäftslage war, beabsichtigte zu verkaufen, sein Freund R., der in derartigen Sachen Bescheid weiß, veräußerte nach Möglichkeit alles, verkaufte Materialien auf seinen Namen, was durch Zeugen klar erwiesen wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen Männich 8 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof, welcher die Sache milder ansah, erkannte auf 1 Monat Gefängnis ohne Annahme milderer Umstände. Einer Kritik des Urtheils wollen wir uns enthalten. Wie beschämend muß es für gewisse Sozialistenfreier sein, daß sie sich derartig notorischer Pumpen bedienen haben, um achtungswürdige Menschen, welche nur das Verbrechen begangen haben, für ihre Ideale zu kämpfen und für ihre Mitmenschen einzutreten, ins Gefängnis zu bringen.

Rosenheim. Bei der jüngsten Musterung wurde ein Militärpflichtiger zurückgestellt wegen — sozialistischer Umtriebe. Wir glauben, wenn allerorts so verfahren wird, daß es dann mit dem Militarismus bald zu Ende geht.

Konstanz, 28. Mai. Wie dem „Volksfr.“ in Offenburg mitgetheilt wird, ist Genosse Hausmann, welcher in dem Schröder'schen Majestätsbeleidigungsprozeß als Zeuge vernommen und wegen seiner Zeugenaussage am 21. Januar vom hiesigen Schwurgerichte zu 14 Monaten Zuchthaus verurtheilt wurde, dem Irrenhaus verfallen und in einer Irrenanstalt untergebracht. Wir wollen hoffen, daß seine vier Leidensgenossen von diesem Unglück verschont bleiben. Die Behörden aber sollten durch dieses Verkommen Veranlassung nehmen, die Sache nochmals gründlich zu untersuchen, vielleicht können sie dann doch zu einem anderen Resultat. Selbst die Gegner der Sozialdemokratie sind sich darüber einig, daß das Urtheil ein drakonisches war.

Prag. Hier ist am 21. Mai die erste Nummer der „Morgenröthe“, Organ der westböhmischen Arbeitervereine, erschienen. Das Blatt erscheint halbmonatlich und kostet vierteljährig 35 Kr. Als Herausgeber und Verantwortlicher Redakteur zeichnet Genosse Jos. Rejzciel.

Briefkasten der Redaktion.

A. in D. Unsere Parteileitung hat mit dieser Art Agitation und mit den Personen, welche sie betreiben, absolut nichts zu thun. Wenn unsere Genossen derartige Vorträge wünschen und die betreffenden Redner einladen, so ist es ihre Sache, dochter zu entscheiden, ob eine Rede mit dem Nachweis, daß die Mutter Maria wirklich nicht „unbesiegt“ empfangen, und daß die Auferstehung und Himmelfahrt nicht notariell und zugegenlich er-härtet sei — den von Ihnen angegebenen Preis für sie werth ist oder nicht. Persönlich sind wir allerdings der Meinung, daß die meisten dieser Vorträge nicht so viele Pfennige werth sind als Sie schreiben, daß A. r. f. dafür gezahlt werden sollen. Aber: De gustibus non est disputandum.

A. G., Johanngeorgenstadt. Vielleicht kann die Frau nicht nachweisen, daß sie in den letzten drei Jahren vor Zerkunft des Gesetzes je 47 Wochen gearbeitet hat. Erkundigen Sie sich doch auf dem Rathhause, aus welchem Grunde ihr die Rechte zur Zeit verweigert wird. Erst wenn wir diesen Grund wissen, ist es möglich, über dessen Berechtigung ein Urtheil zu fällen.

H. R., Friedrichsfelderstr. Das Mädchen kann für ihr zweites Kind keine Mimente fordern.

P. F. Die Forderung ist verjährt, wenn Sie seit 1887 weder eine Monatszahlung geleistet, noch die Schuld sonstwie anerkannt haben.

E. 345. Der Vater braucht die von seinem Kinde eingeworsene Scheide nicht zu bezahlen.

M. Sch. Der Vater eines unehelichen Kindes ist berechtigt, sobald dasselbe 4 Jahre alt ist, dessen Herausgabe zu verlangen und es selbst zu erziehen. Wird die Herausgabe verweigert, so braucht der Vater von da ab keine Mimente mehr zu zahlen. Wenn sich das Kind an einem anderen Orte aufhält, so muß der Vater es selbst oder durch einen Beauftragten abholen. Wir würden in einem solchen Falle rathen, zunächst an den Großvater, welcher gesetzlicher Vormund ist, zu schreiben und die Herausgabe zu verlangen, und, wenn keine Antwort oder eine zögernde eintrifft, das Erforderliche wegen Abholung des Kindes zu veranlassen. Der Vormund braucht für die Ueberführung des Kindes seinerseits nicht zu sorgen. Ob das Kind ein Knabe oder ein Mädchen ist, macht keinen Unterschied.

C. W., Wenerstr. 6 M. für eine Entbindung, 1 M. für einen sonstigen Besuch werden der Hebamme von den Gerichten als angemessen zugebilligt. Ob es sich um eheliche oder uneheliche Geburten handelt, macht dafür keinen Unterschied.

P. V., Fliederstr. Muhte wegen Mangels zurückgestellt werden.

A. G., Grenzstr. Wenn in einem Testament der Ehemann bestimmt hat, daß die Ehefrau den Nießbrauch und die Verwaltung seines gesammten Nachlasses haben und auch über dessen Substanz zu verfügen berechtigt sein soll, während die Kinder nur erhalten sollen, was nach dem Tode der Ehefrau noch übrig ist, so kann Letztere das zum Nachlasse gehörige Haus verkaufen und in das Ausland gehen. Höchstens können die Kinder innerhalb zweier Jahre, seitdem sie von dem Testament Kenntniß haben, dasselbe ansehen und den Pflichten sofort beanspruchen.

Elbing. Wir wissen nicht recht, was Sie unter Ehepacht verstehen. Wenn Sie den Ausschluß der ehelichen Gütergemeinschaft meinen, so können Sie einen diesbezüglichen Vertrag noch während der Ehe vor dem Amtsgericht abschließen. Die Kosten richten sich nach der Höhe des beiderseitigen Vermögens, sind aber keinesfalls sehr erheblich. Den bei Abschließung dieses Vertrages schon bestehenden Gläubigern können Sie aber den Vertrag nicht entgegenhalten. Doch dürfen dieselben auch ohne Vertrag die von Ihrer Frau nachweislich in die Ehe gedachten Sachen wegen Ihrer Schulden nicht pfänden.

Spand. Wenn Sie dem Besitzer des Kettenhundes eine Haft-lässigkeit nachweisen können, so muß er die Karossen bezahlen. Nach Ihrer Darstellung scheint aber ein solcher Nachweis kaum möglich zu sein. Wir möchten, um ein Urtheil darüber abgeben zu können, die Lokaltäten und die näheren Umstände kennen.

Briefkasten der Expedition.

Für den Partei-Maisfonds gingen ferner folgende Beiträge bei uns ein:

Schreiber 1.—, P. Moser, Metallschleifer 1.—, Tischlerei von Reumann, Rönickerstr. 175 (3 Mann ausgeschlossen) 8.—, W. B. 0.20, Fachverein der Sticker 6.50, Z. . . R. 100.—, Summa 116.70. Vereits quittirt 1124.65, Summa 1241.35.

Weitere Beiträge nimmt gern entgegen die Expedition Weuthstr. 3.

Für die gemahregelten Vergarbeiter gingen ein: Vom Fachverein der Sticker 15.—, Eine rolhe Laterne 1.50.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hamburg) (Maisfonds) gingen ferner ein: Zeitung bei Base 1.10, Vom Fachverein der Sticker 8.—, Amerik. Auktion eines Mannchens durch Gen. Stein, Zeltower-Strasse 23, 10.—, Gesammelt in der Metallwaaren-Fabrik von Stephan 3.20.

Theater.
 Dienstag, den 2. Juni.
Opernhaus. Othello.
Schauspielhaus. Die Kron-Beiten-
 denten.
Berliner Theater. Der Weich-
 reffer.
Deutsches Theater. Die Kinder der
 Erde.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Nanon.
Wallner-Theater. Der verlorene
 Sohn. Der junge Pierrot.
Salletheater. Tricouche
 und Cacolet.
Ostend-Theater. Heinrich Heine.
Saison-Theater. Vorstellung.
Saunders Variétés. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-
 Direktors S. Sanftleben
 unter Mitwirkung des
 Opernsängers u. Konzertsängers
 Signor Travietti aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks-
 und reichhaltigen Mittagstisch, sowie
 6 Billards, 3 Kegeltischen und einen
 Saal zu Vergnügungen und Ver-
 sammlungen.
 659 L. **F. Sadtke.**

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Admann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Bogenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23.
Knabe
 mit 2 Köpfen.
Indier
 mit 4 Armen,
 4 Beinen.
Bartdame.
Vitreo
 ist Coars, Glas,
 alle Stiefel etc. etc.
 Spezialitäten-Theater v. 6-10 Uhr.
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Lappländer
 aus den nordischen Schneebergen.
 Ohne Extra-Entree!
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Moabit Gesellschaftshaus
 Alt Moabit 80-81.
 Artistische Leitung Wilhelm Feibel.
 Täglich Gr. Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Großer Erfolg
 des neu engagierten sensationellen
Künstler-Personals.
 Kolossaler Jubel
 der urkomischen Pantomime
Die Glibfigur.
 Anfang Sonntag 4 Uhr. Wochen-
 tag 5 Uhr. Entree 30 Pf. Reservierter
 Platz 50 Pf. — Kaffeetische ist geöffnet.
 Volkshelstellungen aller Art.
 Sonntag, Montag, Mittwoch
Grosser Ball.
 Holmuth Peters.

Rheinländischer Tunnel.
Concert-Salon u. Restaurant.
 Berlin N., Eissenerstrasse 73,
 gegenüber der Bergstraße.
 Der **Gambrius-Salon** und
 das **Photographische Atelier**
 sind neu eingerichtet.
Jeder Gast,
 auch wenn derselbe für nur 10 Pf.
 verzehrt,
wird gratis photographirt!
 Höchst feinerhalt. Großer Jubel!
 Vorrätliches Lagerbier,
 a Seidel 10 Pf.
H. Schultze (mit n. h.)

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerstraße 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl. Garantiert
 scharf brennende **Sabake.**
 Streng reelle Bedienung, billige
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6,
 am Gadeschen Markt. 746

Neue Walhalla. Sommer-Theater, Hasenheide.
 Heute: Vollständig neues Programm.
Erstes Auftreten folgender Spezialitäten: Ballet-Gesellschaft **Loderer.**
 Sgr. **Rappolo** (First class malabarist). Die bildschöne **Miss Jessy**, Equi-
 bristin auf der Krystall-Pyramide. **Flopp** und **Ripp**, die beiden weissäugigen
 Bottenlotten. **Henry Hannay**, Charakteristiker und Junitator. **Fr. Franc. de**
Clairmont, schneidigste Chansonette. **Eduard Kennart**, Universal-Humorist.
Geschw. Bortlin, Gesang- und Tanz-Duetlisten. **Kapelle:** Musikdirektor
Bachhofer mit dem Hausorchester. **Entree 20 Pfg.**
 Abends: Mittwoch, den 9. Juni: Große Kinder-Vorstellung.

Empfehle den Genossen mein
Weiß- und Gairisch-Bier-Lokal.
Paul Bogasch, Langestr. 70, part.
 „Vorwärts“, „Berliner Volks-Zeitung“ und Gewerkschaftsblätter liegen
 aus. Zimmer, für Vereine passend, noch frei.

Wer Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man
 anderweitig kauft — eine illustrierte
 Preisliste **C. Mahnkopf, Berlin W., Strasse 23.**
 Diese seit 24 Jahren bestehende Firma ist die vortheilhafteste Bezugsquelle in
 Nähmaschinen, wie dies fortwährend von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Allen Vereinen mechtich meine
Buchhandlung u. Buchbinderei
 sowie alle Schreib- und Lederwaren
R. Kohlhardt, Mariannenstr. 34.

Berliner Hippodrom
 Am Kurfürstendamm,
 Station Zoologischer Garten.
Römischer Circus
 Heute Sonntag:
2 Vorstellungen,
 um 4 und 7 1/2 Uhr.
 Um 4 Uhr 1. Balkon-Ausfahrt
 des Luftschiffers
Mons. Leo Coeurmont.
 Römische Wettfahren.
 Wettrennen,
Steeple Chase.
 Lockhart's
 6 dreif. Riesen-Elefanten.
 Ferner Auftreten des gesamten
 Künstler-Personals.
 Im großartigen Park von 4 Uhr ab
Militär-Doppel-Konzerte.
 Konzert-Entree 50 Pf., inklusive der
 Hippodrom-Vorstellung 50 Pf.

Jede Uhr unter Garantie
 zu repariren kostet bei mir
 (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Mannstr. 38,
 n. d. Oranienplatz.

Möbel, Spiegel und
 Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof partiere.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Empfehle mein Geschäft in Irisaaron
 Blumen und Kränzen. 538 L.
Robert Meyer,
 Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Verkehr zu ver-
 meiden, erkläre ich meinen Freunden
 und Genossen, daß ich mit J. Meyer,
 Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder
 verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

Fehlerhafte Teppiche,
 Käufer, Portiören, Tischdecken
 unter Kostenpreis. **Fabrik**
Hille, Zimmerstraße 68, Hof part.

Meine Freunde und Parteigenossen
 bitte ich, für mich bestimmte Buch-
 binder-Arbeiten nach wie vor bei
 folgenden Genossen mit Angabe der
 Adressen abzugeben: **Wilschke**, Junfer-
 straße 1 und Kappachstr. 1; **S. Schulz**,
 Gärten-Geschäft, Kottbusser Platz;
Schweizer, Cigarren-Geschäft, Dres-
 denerstraße 58/54 (City-Passage);
Bogasch, Langestr. 70; **S. Schweizer**,
 Rixdorf, Hermannstraße (Cigarren-Ges-
 chäft); **Gradt**, Brunnenstr. 38. [515].
Cond. Janisewski, Buchbinderei,
 Kottbusser Damm 99, Hof part.

Platinabfälle, verbr. Glühlampen, 1.
 erhaltene stets (auch wenn nicht
 annoziert) zu den höchsten Preisen nur
Robert Linke,
 Reinickendorferstr. 23.
 10155

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Große Versammlung
 am Dienstag, den 2. Juni, Abends 8 Uhr, im „Eisfelder“,
 Chausseestraße 88.
 Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung
 bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest im Eis-
 felder. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste haben Zutritt.
 Die Zahlstellen des Vereins (wo jeden Sonntag von 10-12 Uhr Bei-
 träge entgegengenommen und Mitglieder aufgenommen werden) befinden sich
 in folgenden Lokalen: **Franz Kleinert**, Müllerstr. 174 (Ecke Fennstraße);
Louis Biedt, Birkenstr. 24; **Alex. Bannick**, Beusselstr. 57; **Julius Otto**, Pant-
 straße 32; **Steinbock**, Antonstr. 1 (Zigarrengeschäft); **Oskar Kleinow**, Garten-
 straße 171; **Johann Gradt**, Brunnenstr. 38; **Berth. Wortig**, Tempelinerstr. 12;
Emil Schmidt, Treßdorf- und Liebenhofenerstraßen-Ecke. Auf allen Zahl-
 stellen werden auch gelesene Arbeiterzeitungen entgegengenommen. Wir
 ersuchen nun die Genossen, ihre Zeitungen jede Woche, wenn es möglich ist,
 nach den Zahlstellen hinzubringen. 341/16 **Der Vorstand.**

Achtung!
 Den Vorständen der politischen Vereine, Gewerk-
 schaften etc. theile ich hierdurch mit, daß am Dienstag,
 den 21. Juni, im Feen-Palast, Burgstraße, eine grosse
 öffentliche Volksversammlung stattfindet und an diesem
 Tage keine öffentliche Versammlung statt-
 finden darf. 896/8
J. A.: Otto Klein, Kottbusser Damm 14.

Schneider- u. Schneiderinnen-Verein
 Versammlung der Filiale Berlin II.
 am Dienstag, den 2. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Hermerschmidt, Verleberger-Straße Nr. 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Renewahl des Vorstandes. 4. Ver-
 schiedenes. — Gäste willkommen.
Der Vorstand.
 270/13

Fachverein der Tischler (West und
Süd-West.)
 Versammlung
 am Dienstag, den 2. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
 „Königshof“, Bülowstrasse 37-40.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Cand. Herrn **Hoffmann** über „Arbeits-
 lohn“. 2. Diskussion. 3. Besprechung von Werkstatt-Angelegenheiten, wozu
 die Kollegen der Werkstatt von **Reddemann**, Grob-Gröschensstraße 18, hiermit
 besonders eingeladen sind. — Gäste haben Zutritt.
 314/55 **Der Bevollmächtigte.**

Große öffentliche Versammlung
 aller in der Gutbranche
 beschäftigten Arbeiterinnen,
 als: Garnierinnen, Spinnerinnen, Filzerinnen, Strohhutnäherinnen,
 und sonstiger Hilfsarbeiterinnen
 am Mittwoch, den 3. Juni, Abends 8 Uhr,
 im **Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11-13.**
 Tages-Ordnung:
 1. Die Nothwendigkeit einer Organisation der Arbeiterinnen in der
 Gutbranche. Referentin **Hel. Wabnitz**. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kom-
 mission zur Ausarbeitung des Statuts. 4. Verschiedenes. 172/10
Der Einberufer.

Große Mitglieder-Versammlung
 der Freien Vereinig. d. Maurer
 Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, den 4. Juni 1891, Abend 8 1/2 Uhr, in **Orschel's**
 Salon, Sebastian-Straße Nr. 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Referenten. 2. Vortrag über: „**Ferdinand Raffale** und
 die Sozialdemokratie“. Referent **Herr Wilhelm Werner**. 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes und Fragelasten. 235/6
Der Vorstand.

Zimmerleute Schönebergs und Umg.
 Versammlung
 am Dienstag, den 2. Juni, Abends 8 Uhr, in der Schloss-Brauerei.
 Tages-Ordnung:
 1. Gewerkschaftliches. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Um recht
 zahlreiches Erscheinen angesichts der jetzigen Lohnverhältnisse wird gebeten. Neue
 Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. 851/13

Achtung, Vereine!
 Der unterzeichnete Verein stellt zu allen Festlichkeiten (Tanzvergnügungen,
 Konzerten, Trauerfeierlichkeiten etc.) Musik in jeder Besetzung bis zum größten
 Orchester.
 Unser Arbeitsnachweis befindet sich **Rosen- und Neue Friedrichs-**
Krausen-Ecke im Restaurant **Ahlmeijer** (Inhaber **Wernan**), wo täglich
 von 11-1 Uhr Musikaufträge (mündlich oder schriftlich) entgegen genommen
 werden. Wir ersuchen die Vereine etc., sich in Zukunft an unsere Arbeitsnach-
 weis zu wenden, andernfalls aber Musikaufträge nur solchen Dirigenten etc. zu
 machen, welche sich durch unsere Mitgliedskarte legitimiren können.
 Diese Karten sind roth und ohne Stempel angültig. 1145b
Freie Vereinigung der Zivil-Berufs-Musiker
 Berlins und Umgegend.

Meine Musik-Kapelle bringe den
 Vereinen in Erinnerung zu Konzerten,
 Landpartien. Preise billig. 1147 b
Marosky, Musik-Direktor,
 Schandauerstraße.
 Größtes Lager Berlins
Kinderwagen, Andrastr. 23, Hof.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Alle Uhren
 werden sauber und sorgfältig reparirt
 unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
 Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
 gegenüber der Danies-Straße. 20 L.
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten.

Parteigenossen!

Ein Schwindler, Namens Paul Seemann, hat unter Vorzeigung eines Empfehlungsschreibens, das die Unterschrift und den Stempel des Genossen

Robert Greiner, Ascherleben trägt, an verschiedenen Orten — so in Stuttgart und Freiburg i. B. Unterstützung erbittet. Wie wir festgestellt haben, ist sowohl das Schriftstück mit der Unterschrift des Genossen Greiner wie auch der Stempel gefälscht.

Die Genossen allerorts werden deshalb vor den p. p. Seemann, der sich bald als Spinner, bald als Buchdruckerei-Arbeiter ausgiebt, gewarnt.

Daran anschließend möchten wir ein für alle Mal den Genossen den Rath geben, an Personen, deren Verhältnisse sie nicht genau kennen und deren Angaben sie auf ihre Wahrheit nicht am Orte selbst prüfen können, keine Unterstützung zu gewähren. Wer aus Anlaß seines Eintretens für die Arbeiterbewegung gemahregelt worden ist, findet — sei es von der betr. Gewerkschaft oder falls es sich um eine politische Maßregelung handelt — von der Partei Unterstützung, soweit die Mittel ausreichen. Jenen Wanderbettelern aber — wie Seemann einer ist, und wie deren sich mehrere herumtreiben, ohne es gerade so schlimm zu machen wie dieser — weise man überall die Thüre. Nicht genug, daß diese Schwindler die Gutmüthigkeit der Genossen mißbrauchen, in vielen Fällen führt deren Auftreten geradezu dazu, die Partei in den Augen Dritter in Mißcredit zu bringen.

Der Parteivorstand muß es ablehnen, auf das mehrfach an ihn gestellte Ansuchen einzugehen, wenn solche Schwindler auftauchen, hinter denselben Stechbriefe zu erlassen. Bei etwas Urtheil und Menschenkenntnis ist es ein Leichtes, zu verhindern, daß Personen wie Seemann und ähnliche Industrieritter ihren Zweck erreichen. Liegt aber ein zweifelhafter Fall vor, so ist das Sekretariat der Partei, Rathsch. u. jederzeit bereit und in der Lage, Auskunft zu ertheilen oder zu vermitteln.

Der Parteivorstand.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 1. Juni. 11 Uhr.

Am Ministerische: von Caprivi, von Bötticher, Herrfurth, Dr. Riquel, von Heyden, von Verlepsch.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung der aus dem Herrenhause zurückgelassenen Landgemeinde-Ordnung. Das Herrenhaus hat in folgenden Paragraphen Änderungen beschlossen: §§ 2 und 3 (Bereinigung von Ortsbezirken und Landgemeinden u. s. w.); § 41 (Gemeinderath); §§ 48 und 50 (Wahlrecht); § 75 (Wahl der Gemeindevorsteher auf 12 statt auf 6 Jahre); § 109 (Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindeversammlungen und Gemeindevertretungen); §§ 137 und 138 (Zweckverbände) und § 149 (Ausführungsvorschriften). Außer zwei mehr redaktionellen Änderungen wird vom Abgeordneten von Dziembowski beantragt im § 75 die Wahl der Gemeindevorsteher auf 8 Jahre in das Gesetz wieder aufzunehmen, aber zu gestatten, daß nach 3 Jahren der Gemeindevorsteher auf weitere 8 Jahre gewählt werden kann. Ferner beantragt Abg. v. Rauchhaupt im § 48 die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen. Danach sollen durch Ortsstatut die Steuerfähige, bei welchen ein mehrfaches Stimmrecht eintritt, erhöht oder ermäßigt werden können, letzteres jedoch nur um ein Drittel. Nach dem Beschluß des Herrenhauses sollten auf Antrag des Kreis-ausschusses durch Beschluß des Provinziallandtages im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten die Steuerfähige erhöht oder, höchstens jedoch um die Hälfte ermäßigt werden können.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Reichskanzler v. Caprivi: Die Erörterungen, welche am 27. v. M. in diesem Hause stattgefunden haben, haben die Frage, ob die gegenwärtigen Verhältnisse zu einer baldigen Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle nöthigen, zu einer so brennenden gemacht, daß die königliche Staatsregierung erklären muß, ob sie nicht in ihrer Absicht, die Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrath in Anregung zu bringen. (Beifälliger Beifall rechts.) Seit Bedenken über den Ausfall der Ernte laut wurden, hat das Staatsministerium es sich angelegen sein lassen, zu erörtern, wie die Frage der Brot-ernährung sich stellen wird. Die Recherchen nahmen einen guten Fortgang, bis wir sahen, daß eine hochgradige Erzeugung in das Land getragen wurde, welche uns die Nothwendigkeit klar machte, schneller als wir geglaubt hatten, zu einer Erklärung zu kommen. Dazu kam gleichzeitig die Aufhebung und Ermäßigung der Zölle in Nebenstaaten. Es liegt der Regierung ein sehr großes Material vor, in dessen nicht ich ohne Weiteres zugeben, all dieses Material würde einen ziffermäßigen Beweis für die Richtigkeit des Verfahrens der Staatsregierung beizubringen nicht ermöglichen. Die Zahlen sind zum Theil ihrer Natur nach unklar, sie beruhen auf Schätzungen, die oft schon acht Tage nach einer Vornahme falsch geworden sind. Aber trotz alledem hat die Staatsregierung ganz fest die Ueberzeugung gewonnen, daß von einem Nothstande im Lande zur Zeit nicht die Rede sein kann und daß die vorliegenden Verhältnisse Gott sei Dank! auch keine Aussicht geben, daß es zu einem Nothstande kommen wird. (Zustimmung rechts.) Nicht einmal außergewöhnliche Maßregeln würden hinreichend motiviert sein. Wir haben in Betracht zu ziehen die kommende Ernte im Inlande. Daß sie keine gute werden wird, halten wir für wahrscheinlich, für ebenso wahrscheinlich aber, daß sie besser werden wird, als man erwartete. Wir werden voraussichtlich eine Mittelernte haben. Eine solche giebt aber keinen Anlaß zu Klagen, daß wir vor einem Nothstande stehen. Wir haben in Betracht ziehen müssen, welche Vorräthe haben wir im Inlande? Die Leute, welche Vorräthe in Händen haben, sind naturgemäß nicht geneigt, sie zu offenbaren. Im Lande ist aber eine Unzahl kleiner Posten für den eigenen Bedarf vorhanden, welche sich jeder Fühlung entziehen. Die Summe derselben ist aber größer, als allgemein angenommen wird. Wenn wir auch nicht wissen, daß die Vorräthe im Inlande so sind, daß sie nicht ausreichen, das Land zu ernähren, so sind wir auf der anderen Seite versorgt. Wir haben hohe Preise, aber sie können uns nicht beunruhigen, denn seit 1850 haben wir in 7 Jahren Durchschnittspreise von der jetzigen Höhe gehabt. (Hört! rechts.) Wir

sind auf den Import angewiesen und je mehr die Bevölkerungsziffer steigt, um so mehr werden wir darauf angewiesen sein. Ich glaube, daß die Länder, aus denen wir zu importiren pflegen, unseren Bedarf decken können. Es kommen dabei in Betracht Rußland, Oesterreich-Ungarn, Nordamerika und Indien. In Oesterreich-Ungarn ist die Ernte ebenso wie bei uns. In Rußland ist sie im Norden etwas ungünstiger, in Mittel- und Südrußland etwas besser. Begründete Aussicht auf sehr gute Ernte haben Nordamerika und Ostindien. Die Nachrichten, welche die Regierung aus Handelsplätzen, von hervorragenden Kaufleuten, Alhedern u. hat, gehen dahin, daß erhebliche Transporte nach Deutschland unterwegs sind, wie alljährlich um diese Jahreszeit. Der nordamerikanische Markt scheint im Begriffe, abzuschließen, was noch an Vorräthen vorhanden ist, um Platz für die neue Ernte zu machen. Wir werden nach Wochen zählen können, bis indisches Getreide eingeführt wird. Freilich kommt aus Nordamerika und Ostindien Weizen, während wir vornehmlich Roggenbrot verzehren. Aber es sind auch in Nordamerika Roggenbestände verfügbar, und es ist eine nicht erst jetzt beobachtete Erscheinung, daß der Weizenkonsum zunimmt, mag die Bevölkerung nun Geschmack daran finden oder der steigende Wohlstand oder der abnehmende Roggenbau die Schuld daran tragen. Soll die Regierung sich angesichts des Drängens von verschiedenen Seiten entschließen, jetzt auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle hinzuwirken? Was würde die Aufhebung zur Zeit nützen? Die Frage, wie weit die Zölle auf die Preisbildung einwirken, ist eine sehr komplizierte und nicht mit den einfachen Worten zu entscheiden, daß das Ausland oder der Konsum den Zoll bezahlt. Zahlreiche schwer zu überwindende Schwierigkeiten machen es selbst dem gewiegtesten Nationalökonom schwer, darüber richtig zu urtheilen und zu einem einwandfreien Ergebniss zu gelangen. Sehr schwer wird es im gegenwärtigen Falle sein, festzustellen, wie weit eine Aufhebung oder Herabminderung der Kornzölle auf Zeit geeignet wäre, die Preise zum Sinken zu bringen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in den Nebenländern die Preise anjagen, als von einer Ermäßigung unserer Zölle gesprochen wurde; das Ausland schloß sich an, von der außergewöhnlichen Lage, in der wir uns befinden, Nutzen zu ziehen. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Weltmarkt im Ganzen eine steigende Tendenz hat und, was ich von Sachverständigen ersten Ranges gehört habe, wird eine steigende Tendenz anhalten. Sehen wir nun die Zölle herunter, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Preisermäßigung auf dem deutschen Marke nicht der Heruntersetzung der Zölle gleichkommen wird. (Sehr richtig! rechts.) Seit Wochen ist der Preis von Deutschland gleich Weltmarktpreis plus Zoll. Wenn wir den Zoll aufheben, wird ein Theil des Zolles an das Ausland fallen. Ob der inländische Konsum einen Gewinn davon haben wird, ist sehr zweifelhaft und zwar um so zweifelhafter, auf je kürzere Zeit die Herabsetzung beschlossen wird. Die Regierung hat sich davon überzeugt, daß eine mäßige Herabsetzung der Zölle nicht helfen würde; der Zoll müßte auf Zeit ganz erlassen werden. Aber dazu würde sich die Staatsregierung nicht entschließen können, denn der Schaden einer solchen Maßregel würde unfraglich sein. Handel, Industrie und Landwirtschaft sind davon einig, daß Stetigkeit für die gesunde Entwicklung erforderlich ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie die Zölle auf Monate hin und her wirft, so ist die ruhige Entwicklung gefährdet. Der Handel, das solide Geschäft leidet darunter, während die Spekulation — die ich an sich nicht für etwas Schädliches, sondern für etwas Nothwendiges halte — die wilde Spekulation würde dabei prosperiren. Wenn die Staatsregierung die Zölle auf eine Zeit lang ganz erlassen würde, so würde nach Ablauf der Frist sehr leicht die Verlegenheit eintreten, daß die Zölle schwer wieder einzuführen sind. Denn es könnte eine Agitation in der Bevölkerung vorhanden sein, welche sich dem widersetzt und es könnten Ereignisse vorhanden sein, welche es erschweren, in den Getreidezölle zurückzukommen. Die Verbündeten der Regierung haben aber nichts weniger im Sinn gehabt, als zu einem Freihandelsystem in Bezug auf Getreide zurückzukommen. (Hört! rechts.) Wir haben uns entschlossen, zu einer gewissen Herabsetzung der Getreidezölle die Zustimmung zu geben, aber unter der Voraussetzung, daß auf anderen Gebieten Gewinne gemacht werden. Ich will mich darüber nicht näher äußern, wie ich mich auch bei dieser Gelegenheit auf den österreichischen Handelsvertrag nicht einlassen werde. Bei Aufhebung der Zölle auf kurze Zeit müßten wir auch damit rechnen, daß der deutsche Markt mit Getreide überschwemmt sein könnte, so daß wir mit unserer neuen Ernte in Verlegenheit kämen. Die französische Regierung hat deshalb erst verhandelt, daß die Zölle erst zum August ermäßigt werden, wo mit der frühesten Einfuhr die eigene Ernte konkurriren kann. Neben diesem auf dem Handel und der Landwirtschaft basirten Motive hat die Staatsregierung auch Motive politischer Art. Die Regierung konnte sich durch ein Nachgeben gegenüber der Agitation ihre Verantwortung leicht machen. Aber eine Regierung muß das Beste der ganzen Nation im Auge haben und muß deshalb auch einmal gegen den Strom schwimmen. Ich traue uns zu, daß der Strom uns nicht auf die andere Seite bringen wird. (Zustimmung rechts.) Wir haben auch ein warmes Herz für die armen Klassen, aber in dieser Beziehung glauben wir recht zu handeln, wenn wir auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle auf einige Monate nicht eingehen. Wie weit würde sich der Brotpreis ändern, wenn Bäder und Kaufleute von vornherein wissen, die Sache dauert nicht lange? (Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.) Wenn wir für längere Zeit im Wege vertragmäßiger Vereinbarung die Getreidezölle ermäßigen können, so wird das mehr der ärmeren Bevölkerung nützen, als wenn wir jetzt auf 4 Monate die Zölle herabsetzen. Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle würde auch in handelspolitischer Beziehung so erwünscht sein, wie nur möglich. Für die größeren handelspolitischen Beziehungen ist eine gewisse Stetigkeit der leitenden Anschauungen erforderlich. Wir können nicht in eine große handelspolitische Aktion eintreten mit Aussicht auf Erfolg, wenn wir unsere Anschauungen wechseln, ehe wir das erste Ergebnis einer solchen Aktion eingeholt haben. Wir würden dem Auslande gegenüber als eine Nation erscheinen, mit der auf einen langen Zeitraum sich in solche Transaktionen einzulassen bedenklich ist. Das, was wir gewonnen haben, wird scheitern, ehe wir es an einer einzigen Stelle haben vollenden können, wenn wir jetzt schwanken würden. Die Staatsregierung ist sich ihrer Verantwortung in dieser Richtung vollkommen bewußt, aber auch der Verantwortung, die sie zu tragen haben würde, wenn sie dahin wirkte, die handelspolitische Aktion, von der sie sich sehr viel verspricht, zu säubern; und eine solche Verantwortung auf mich zu nehmen, bin ich nicht geneigt. Wir sind darauf gefaßt, daß man unser Verhalten nicht verstehen und es mißbilligen wird, wir müssen uns das gefallen lassen, wenn das, was wir thun, dem Lande zum Segen gereicht. (Beifälliger Beifall rechts.) Abg. Richter bittet zur Geschäftsordnung, daß die Rede sobald als möglich gedruckt wird; er bedauert, daß es nicht möglich sei, jetzt sofort auf eine Diskussion einzugehen. Abg. v. Cohnen bedauert das ebenfalls; er hofft, daß der Antrag gestellt wird, die Sache in den nächsten Tagen zur Diskussion zu stellen. Abg. Richter: Wir sind berechtigt, sofort über diese Frage

zu diskutieren, wenn Niemand im Hause widerspricht, wenn Jemand widersprechen sollte, so würde das nicht im Interesse der Würde des Hauses liegen.

Präsident v. Köller: Die Regierung kann jederzeit das Wort nehmen; das Haus kann aber nur debattiren, was auf der Tagesordnung steht.

Abg. Graf Limburg-Stürm: Ich würde Widerspruch gegen eine sofortige Berathung erheben, die nicht der Würde des Hauses entsprechen würde. Das Land hat ein Interesse an den Aenderungen der Regierung, aber nicht daran, daß sofort jetzt eine erregte Debatte darüber stattfindet.

Abg. v. Heeremann: Die Würde des Hauses wird dadurch nicht verletzt, daß wir jetzt sofort nicht in die Debatte eintreten; wir haben Gelegenheit, die Frage durch Interpellationen u. s. w. zur Verhandlung zu bringen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Darauf die Generaldiskussion über die Landgemeinde-Ordnung, in welcher nur der Abg. v. Meyer das Wort nimmt, dessen Ausführungen aber bei der großen im Hause herrschenden Unruhe ganz unverständlich bleiben.

In der Generaldiskussion werden die §§ 1—47 ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Zum § 48 liegt außer dem Antrag von Rauchhaupt auch ein Antrag Ricker vor, jedes mehrfache Stimmrecht zu befeitigen oder doch in den Beschlüssen des Herrenhauses die Einführung eines solchen mehrfachen Stimmrechts nicht vom Antrage des Kreis-ausschusses, sondern der Gemeindeversammlung abhängig zu machen.

In der Debatte treten die Abg. von Suenet, von Dziembowski, Hübner, Richter und Weber-Halberstadt für die Beschlüsse des Herrenhauses ein, welche die Vertiefung eines mehrfachen Stimmrechts ungefährlicher machen als die ortstatutarischen Bestimmungen.

Abg. v. Rauchhaupt glaubt, daß das Herrenhaus etwas ganz Anderes gewollt habe, als es durch seinen Beschluß ausdrückt; er hofft auf die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Minister Herrfurth bezweifelt, daß das Herrenhaus die früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nachträglich billigen würde.

§ 48 wird nach dem Antrage des Herrenhauses unter Streichung der Worte: „Im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.“

Beim § 75 sprechen sich die Abg. v. Suenet und v. Suenet gegen die Wahl auf 12 Jahre aus, empfehlen aber den vorgeschlagenen Vermittlungsantrag, während Abg. Richter für die Wiederherstellung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses eintritt.

Das Haus schließt sich dem Antrage des Abg. v. Dziembowski an.

§ 109 handelt von der Oeffentlichkeit der Gemeinde-Versammlung und Gemeinde-Vertretung. Nach dem Beschluß des Herrenhauses soll eine beschränkte Oeffentlichkeit stattfinden, es sollen nur die mit dem Gemeinderathe ausgestatteten Personen zugelassen werden.

Abg. v. Dziembowski beantragt, alle männlichen Großjährigen, zu Gemeindeabgaben herangezogenen Personen als Zuhörer zuzulassen.

Die Abg. v. Suenet, v. Dziembowski, v. Strombeck und Richter treten gegenüber dem Beschlusse des Herrenhauses für eine erweiterte Oeffentlichkeit ein: Minister Herrfurth stimmt dem Antrag v. Dziembowski zu, welcher schließlich mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen angenommen wird.

Im Uebrigen wird die Vorlage nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen.

Bei der Debatte über die Ueberschrift des Gesetzes erklärt

Abg. v. Rauchhaupt, daß die konservative Partei gegen die Landgemeinde-Ordnung stimmen würde, weil im § 48 (Stimmrecht) und § 109 (Oeffentlichkeit) nicht ihre Auffassung zur Geltung gekommen sei; der Minister habe im Herrenhause erklärt, daß die Aenderungsanträge der Konservativen, welche prinzipieller Natur seien, abgelehnt seien. Die Konservativen wollten die Hauptziele der Regierungsvorlage auch, aber ihre Anträge deckten sich durchaus nicht mit den Vorschlägen der Regierung, wie der Minister im Herrenhause glauben machen wollte. Die konservativen Anträge wegen der Zusammenlegung von Ortsbezirken und Landgemeinden waren grundsätzlich verschieden von der Vorlage; ebenso die Anträge zur Beschränkung. Auch das Stimmrecht haben die Konservativen grundsätzlich geändert; ebenso sind mehrere andere Aenderungen grundsätzlich gewesen, so das Stimmrecht der Gemeindevorsteher und Schöffen in der Gemeindevertretung, die Anhebung der Amtsvorsteher bei der Wahl der Gemeindevorsteher u. s. w. Die Konservativen müßten deshalb darauf sehen, daß der Minister nicht wieder die volle Zustimmung der konservativen Partei für das Gesetz verweigere, deshalb würden sie gegen das Gesetz stimmen.

Minister Herrfurth: Ich verstehe es nicht, wie der Vorredner alle die prinzipiellen Aenderungen, die er angeführt hat, als Grund für die ablehnende Haltung angeben kann. Dieser Angriff des Vorredners wäre sehr gut improvisirt, wenn er nicht so sehr gut vorbereitet wäre. (Beifall bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Ich habe im Namen der Staatsregierung mehrere konservative Anträge als unannehmbar bezeichnet, so zum Beispiel den Antrag zu § 2. Diese prinzipiellen Fragen habe ich im Herrenhause behandelt. Für die anderen Aenderungen habe ich meine Zustimmung erklärt und habe für dieselben gestimmt. Wenn ich gewisse Anträge hier und im Herrenhause als unannehmbar bezeichnet habe, so ist das kein Grund, die Vorlage abzulehnen, nachdem man früher das toleranti posso ausgesprochen hat. (Zustimmung links.)

Abg. Richter: Diese Ueberraschung hatte ich nicht erwartet, nachdem Graf Kanitz vor wenigen Tagen erklärt hatte, er würde in der vierten Lesung für die Landgemeinde-Ordnung stimmen. Wenn wir wegen der Verschlechterungen uns gegen die Vorlage erklärt hätten, so wäre das verständlich. Wir würden uns doch bessere Menschen (Völkerkeit); wir werden für das Gesetz stimmen und hoffen, daß dem Minister dabei nicht unheimlich wird. Die heutigen Entscheidungen sind doch gar nicht maßgebend für die Entscheidung. § 48 ist erst bei der dritten Lesung in die Vorlage hineingekommen und § 109 ist von der Kommission, welche unter dem Vorh. des Herrn v. Rauchhaupt lagte, gar nicht angefochten worden. Nicht einmal als Vorwand sind diese Gründe geltend gemacht worden. Ich hoffe, daß trotzdem im Herrenhause so viel Vernunft vorhanden sein wird, daß diese Vorlage in das Gesetzblatt kommt. (Beifälliger Beifall bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Abg. v. Rauchhaupt: Bei § 48 haben wir den Standpunkt, den wir jetzt einnehmen, immer vertreten und nur im Interesse des Kompromisses diesen Standpunkt etwas zurückgezogen.

Abg. Richter beantragt angesichts der politischen Bedeutung, welche die Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz jetzt gewonnen habe, dieselbe namentlich vorzunehmen.

Abg. Richter: Wir sind berechtigt, sofort über diese Frage

Dieser Antrag wird von den Nationalliberalen und auch von den Konservativen unterstützt.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 206 gegen 90 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmen geschlossen die Konservativen, ferner die Abgg. v. Schalscha (3.) und Spangenberg (fr.), für das Gesetz stimmen die Freisinnigen, die Nationalliberalen und die Polen geschlossen, ferner das Zentrum und die Freikonservativen mit den bezeichneten Ausnahmen, endlich die Abgg. v. Köller und Greiner-Zeltow.

Schluss 4 Uhr.
Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Sperrgelder, Eisenbahn-Gesetz.)

Parlamentarisches.

Der Landtags-Abgeordnete Rechtsanwalt Julius Bachem in Köln wird am Schlusse der gegenwärtigen Tagung des Abgeordnetenhauses sein seit 1877 ausgeübtes Mandat niederlegen. Herr Bachem ist zu diesem Schritt durch die Enthüllung einer Skandalaffäre, bei welcher er der Hauptbeteiligte war, gezwungen worden.

Lokales.

Zur Koruzollfrage. Mit Bezug auf den an der Spitze der heutigen Nummer erschienenen Aufruf des Parteivorstandes können wir unseren Lesern die Mitteilung machen, daß für Berlin bereits im Laufe dieser Woche in den sechs Wahlkreisen gleichzeitig die von dem Aufruf angeregten Protestversammlungen gegen die Aufrechterhaltung der Getreidezölle stattfinden werden.

Zur Taktil. Unter diesem Titel geht uns aus dem Kreise unserer Berliner Leser folgende Zuschrift zu:

Man hört in sozialdemokratischen Versammlungen häufig darüber klagen, daß viele Arbeiter andern Genossen gegenüber zu wenig Solidaritätsgefühl beweisen, woran sich dann die Bemerkung knüpft, daß es Ehrensache jedes Genossen sein müsse, seine Bedürfnisse möglichst bei andern Genossen zu decken, um diese in Mahrung zu sehen und um auf diese Weise seine Arbeitergenossen den Zufahren, die für seine Leiden und Wünsche entgegenkommen und Verständnis beweisen. Auch in einer jüngst abgehaltenen Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins sind ähnliche Ansichten zu Tage getreten, und stark scheint es sogar, als ob dort daran gedacht worden wäre, die Berliner Arbeiterschaft event. zu einem Bierbojott zu Gunsten der kleinen Gastwirtschaften zu veranlassen. (Bericht im „Vorwärts“ vom Sonntag, den 24. Mai.)

Es wird nicht uninteressant sein, die Frage einmal etwas eingehender zu untersuchen.

Das Verlangen, soviel als möglich diejenigen Geschäftsleute in Mahrung zu sehen, die unserer Partei angehören, oder ihr sympathisch gegenüberstehen, gründet sich auf die Ansicht, daß einerseits die betreffenden Geschäftsleute mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit ein Anrecht auf Unterstützung seitens der andern Genossen erworben haben, und daß andererseits die Genossen ebenso sehr aus Dankbarkeit wie aus Klugheit und praktischem Interesse ihr weniges Geld immer wieder andern Genossen zuführen suchen müßten, um diesen dadurch ihre Anerkennung zu zollen und sie ferner vor dem Untergang zu bewahren, d. h. also: um sie davon zu schützen, ihre bisher inne gehaltenen kleinen Betriebe aufzugeben und Lohnarbeiter werden zu müssen.

Was das letztere anbelangt, daß man sich durch die Teilnahme am Kampfe für die Befreiung der Menschheit ein Anrecht auf Erhaltung und Unterstützung durch die Mittelschichten erwerben könne, so ist dies von vorn herein und unbedingt zu verneinen. Wenn nicht Zweckmäßigkeitsgründe dafür sprechen sollten, diesen oder jenen brauchbaren Genossen vor Noth zu schützen und ihn deswegen durch die Genossen selbst in Mahrung zu sehen, — Dankbarkeit und anerkennende Gerechtigkeit hat dabei nicht mitzusprechen. In der Politik giebt es bekanntlich keine Moral, sondern nur das 1 x 1. Wer unterstützt denn die große Masse nothleidender Arbeiter, vielleicht lüthiger Genossen, bei Arbeitslosigkeit, Hunger und Kummer? Doch Niemand, und Niemand könnte dies auch verlangen. Hat man sich denn, indem man sich zur sozialdemokratischen Partei zählt, in eine große gegenseitige Versicherungsgesellschaft eingelassen? Wir alle sind doch Kämpfer im Streite der Unterdrückten gegen die Unterdrücker und zwar hauptsächlich aus praktischen, zum Theil auch aus edlen Motiven. Das will sagen, daß der einzelne Mittelschichtler von der gegenwärtigen sozialen Noth durchdrungen ist, daß er selbst unter ihr leidet und daß er nach seinen Kräften diejenige Gesellschaft herbeiführen helfen will, von der er überzeugt ist, daß sie die größten Plagen der Menschheit, den Hunger und das materielle, thätigkeitslose Elend, aus der Welt schaffen werde. Er kämpft also, wenn er an diesem Befreiungskampfe theilnimmt, lediglich für sich und seine Nachkommen. Wie kann er dafür von seinen Mittelschichtler Dankbarkeit verlangen? Wenn zwei reisende Freunde, die unterwegs von Straßendieben überfallen werden und ausgeraubt werden sollen, sich gemeinschaftlich ihrer Haut wehren und schließlich ihre Angreifer in die Flucht schlagen: kann dann der eine Freund vom anderen besondere Anerkennung dafür verlangen, daß er sich nicht feige zurückgezogen und dem Andern den Kampf allein überlassen hat? Wenn dieser oder jener Geschäftsmann Sozialdemokrat wird, so ist er uns, wenn er es ehrlich meint herzlich willkommen. Niemand wird ihm auch bestreiten, daß er sich mit seinen geringen Mitteln nur erbärmlich durch die Welt schlagen kann, — aber helfen können wir es nicht. Deswegen kämpft er ja in unseren Reihen, um sein Loos zu verbessern, und mit seiner Klugheit muß er sich lediglich an die gegenwärtige Gesellschaftsordnung wenden. Wenn man nur aus praktischen Geschäftskalkulationen und um für sein Geschäft Bekanntheit zu machen Sozialdemokrat würde, dann wäre es um die Partei traurig bestellt und Mander, der es jetzt für eine Ehre hält, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, würde sich dann für diese Ehre bedanken. — Wenn so kein Genosse vom anderen Dankbarkeit und Unterstützung deswegen, weil er Sozialdemokrat ist, verlangen kann, so ist auch umgekehrt kein Genosse dem anderen gegenüber zu solcher Dankbarkeit oder Unterstützung verpflichtet.

Es bleibt also nur zu erwägen, ob es etwa praktisch und nützlich ist, die Genossen im Allgemeinen oder agitatorisch thätige im Besonderen in ihren kleinen Geschäftsbetrieben u. nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen. Und diese Frage streift in das Gebiet des theoretischen, wissenschaftlichen Sozialismus hinüber. — Voraus gründen wir denn unsere positive Ueberzeugung, daß der sozialistische Staat auf den Grundlagen, auf denen wir ihn uns denken, in früherer oder späterer Zeit entstehen muß? Auf die Erkenntnis der langsam vor sich gehenden Konzentration, Zusammenziehung aller vorhandenen Kapitalien in wenigen Händen und die Erkenntnis der hierdurch bedingten Proletarisierung der ganzen Volksmasse, auf die Verwandlung der übergroßen Mehrzahl der Menschen in Lohnarbeiter der wenigen Kapitalbesitzer. Wir erklären: wenn dieser Entwicklungsengang abgeschlossen ist oder sich seiner Wendung naht, dann ist der jetzige kapitalistische Staat reif, in den sozialistischen überzugeben. Und unser hauptsächlichstes Arbeitsfeld liegt also, nicht der unausgesehnen Ausflüßung aller Nichtbesitzenden, aller Proletarier, in der Hinwegräumung aller Schranken, die sich dem bezeichneten Entwicklungsengang entgegenstellen könnten.

Würden wir also in unserem Interesse handeln, wenn wir

solche Schranken stützen wollten oder gar neue aufrichten? Sind denn aber die kleinen Unternehmern, die kleinen Geschäftsleute, die sich nur mit unglücklicher Mühsal und nur mit genauer Noth der übergroßen, kapitalstarken Konkurrenz gegenüber über Wasser zu erhalten vermag, keine solche Schranken für die angeordnete Entwicklung der Gesellschaft? Gerade wir sind es doch, die den Handwerksmeistern, den kleinen Geschäftsinhabern, eben dem Mittelstande, dem Bürgerthum, die ihre Befundung und ihre dauernde Existenzfähigkeit von den absonderlichsten Dingen erwarten, (zum Beispiel vom mancherlei Freihandel, vom Befähigungsnachweis und Junstzwang, von der Expropriation der Juden und anderen dergleichen Hausmitteln) stets zurufen: „Gebt allen Euren Widerstand auf, es hilft Euch Was Nichts. Euer Stand und eure Klasse ist dem Tode geweiht. Ihr müßt doch Knechte der kapitalistischen Unternehmungen werden. Je eher Ihr kommt, je früher können wir und alle vereinigt aus der gemeinsamen Misere herausarbeiten!“ Gerade wir sind es auch, die so rufen, und wir selbst sollten dann unser halbvolendetes Werk wieder zerstören und die Leute, die unseren Ruße gefolgt sind, von der eigentlichen Einverleibung mit uns zurückhalten und sie künstlich in einer Klasse erhalten, die nicht leben und nicht sterben kann und für eine gesunde Weiterentwicklung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne das größte Hinderniß bildet. Wenn wir die schöne Zukunft, für die wir arbeiten und balden, erst für dann in sichere Aussicht stellen, wenn die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft abgeschlossen ist, das heißt, wenn der Großbetrieb seine höchste Staffel erreicht hat: dann dürfen wir denn auch nicht entgegenarbeiten, indem wir die Gesellschaft durch über angebrachtes Solidaritätsgefühl auf dem heutigen Stande ihrer Entwicklung festhalten und uns dadurch empfindlich schädigen. Solidarisch können wir als Sozialdemokraten nur und allein mit Klaffengenossen, mit Proletariern sein, und es ist vielleicht die bedeutendste Kulturverrichtung des 19. Jahrhunderts, das Solidaritätsgefühl in der Proletarierklasse geweckt zu haben.

Es bleibt nun freilich zu erwägen, daß sich unter diesen, dem Kleinbürgerlichen Mittelstande angehörenden Genossen, eine große Zahl sehr fähiger und sehr arbeitsfreudiger Streiter für unsere Ziele befindet, deren Geschäfte u. heute zum großen Theil auf Parteigenossen angewiesen sind und die also bei Befolgung des Grundgesetzes, daß man den Gang der Entwicklung nicht aufhalten und ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit da kaufen und da arbeiten lassen will, wo Einem die meisten Vortheile geboten werden, dem Großhandel und der Großindustrie jedenfalls entgegen müßten, weil diese Kraft ihrer großen Kapitalien und ihrer günstigen Produktionsbedingungen in jedem Falle leistungsfähiger sind, als der Kleinhandel und das Handwerk. Wir können aber unmöglich wünschen, solche, vielleicht ganz unerfahrene Kräfte zu verlieren und dies zeigt denn auch Reue, wie notwendig es ist, daß die leistungsfähigen Agitatoren unserer Partei für ihre Wirksamkeit einfach bezahlt werden. Denn da ein Proletarier, eben weil er ein Proletarier ist, sein täglich Brot täglich neu erringen muß, er in der Zeit, die er dem Dienste der Partei widmet, aber naturgemäß nichts Anderes erwerben kann, so ist es auch die Pflicht Derer, die seine Dienste in Anspruch nehmen, ihm für seine Leistungen in entsprechender Weise zu bezahlen. Die Partei hat ein hohes Interesse daran, sich und damit der Menschheit jede agitatorische Kraft zu erhalten. Es liegt aber nicht im Interesse der Partei, wie oben dargelegt, das Absterben des Kleinbürgerlichen Mittelstandes ohne Noth zu verzögern.

Am Mißverständnisse vorzubeugen, sei hier eingeflochten, daß es natürlich nicht in der Absicht dieses Aufsatzes liegt, die Genossen aufzufordern, andere Mitglieder unserer Partei, die im Besitze von Geschäften irgend welcher Art sind, möglichst wenig in Mahrung zu sehen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Genosse, wenn es sich um Dinge handelt, die er doch in kleinen Geschäften kaufen würde, lieber zu einem Genossen geht. Er wäre aber thöricht — wenn er die Wahl hat zwischen einem günstigen Einkauf im Bazar und einem unglücklichen bei einem Genossen — den letzteren, nur weil der Verkäufer ein Genosse ist, vorzuziehen. Oder, um konkreter zu sprechen: Wenn der Genosse doch in einem Weibier-Bokal oder einer Dekantation verkehrt, dann wird er in jedem Fall die „Parteikneipe“ bevorzugen. Ist er aber zudem noch in der angenehmen Lage, sich für drei Mark Bier zum Hausbedarf leisten zu können, so wird er sich an eine der Brauereien wenden, die ihm unter laulanten Bedingungen, z. B. ohne ein Pfand für die Flaschen zu beanspruchen und ohne Spesen für die Lieferung ins Haus zu berechnen, ein ganz vorzügliches Flaschenbier offerieren, obendrein vielleicht noch zu billigerem Preise, als es der Budler zu liefern im Stande wäre.

Vor einiger Zeit beklagte sich einmal ein kleiner Handelsmann, ein sonst sehr tüchtiger Genosse, in einer Versammlung darüber, daß ihm sogar Arbeiterfrauen rundweg erklärt hätten, sie kaufen lieber in einem großen Geschäft, wo sie die Waare fast halb so billig und eleganter bekämen, als bei ihm die selbstgefertigte plumpe und theure Waare. Der Handelsmann that darüber sehr entrüstet. Aber wo ist der Arbeiter, der es verstehen muß, sich mit dem Wenigsten einzurichten, der diese Anschauungsweise, die zudem durchaus sozialistisch ist, nicht versteht und theilt. Und wer hätte das Herz, der Arbeiterfrau, die mit ihrem Hungerlohn die Woche auskommen soll, nicht Recht zu geben.

Die „Die Arbeiter-Versorgung“ in ihrer letzten Nummer schreibt, ist es in Frage gekommen, ob die Berichtigung falsch bestellter Quittungsarten zur Invaliditäts- und Altersversorgung in der Weise erfolgen kann, daß der fehlende Differenzbetrag durch nachträglich beigebrachte Beitragsmarken von entsprechendem Werthe ausgeglichen wird. Von Seiten des Reichs-Versicherungsamtes ist die Zulässigkeit eines derartigen Verfahrens verneint worden. Die Berichtigung muß stets so ausgeführt werden, daß die irrthümlich verwendeten Marken unter Erhaltung ihres Werthbetrages vernichtet und die vorgeschriebenen Marken in die Quittungsart eingelebt werden.

Briefe und Karten der Packer-Gesellschaft, welche durch Versehen oder Unwissenheit in Postbriefkästen geworfen worden, sollen nach einer Verfügung der Ober-Postdirektion künftig zur Versendung durch die Post gelangen, nachdem die Marken der genannten Gesellschaft durch Poststempel entwertet sind. Für die Ablieferung solcher Sendungen an den Adressaten wird ein Strafporto von 20 resp. 15 Pf. erhoben. Die Vernichtung derartiger falsch frankierter Sendungen findet von jetzt an nur dann statt, wenn der Adressat die Annahme verweigert und der Absender nicht zu ermitteln ist.

Zu dem Koch'schen Institut für Infektionskrankheiten beanprucht ein besonderes Interesse das Desinfektions- und Sektionsgebäude. Dasselbe enthält drei Räume: In dem ersten wird die eingelieferte Wäsche nach Gattungen getrennt, im zweiten steht der Desinfektionsapparat, und zwar eingebaut nach dem dritten Raum, in welchem die gereinigte Wäsche aus dem Apparat herausgenommen wird, ohne mit der schmutzigen Wäsche in Verbindung zu kommen. Zwischen dem zweiten und dritten Raum ist noch ein kleiner Vordraum eingebaut, in welchem der Wärter, nachdem er die schmutzige Wäsche und seinen eigenen Anzug in den Desinfektionsapparat befördert hat, ein Reinigungsbad nimmt und frische Kleider anlegt, um alsdann erst in den dritten Raum zur Entnahme der gereinigten Wäsche einzutreten. Der Desinfektionsapparat beruht auf dem nunmehr allgemein üblich gewordenen Prinzip der Dampfsterilisation von oben her; dies Prinzip hat den Vortheil, bei Verdünnung der schwächeren Luft nach unten eine schnelle und durchaus sichere Entlastung des Innenraumes, sowie eine vollständige Durchdringung der zu desinfizierenden Gegenstände mit Dampf zu erzielen. Ein weiterer Beweis für die Nothwendigkeit, mit welcher bei der Vernichtung aller schädlichen Mikroorganismen

in dem Institut verfahren wird, ergibt sich daraus, daß sogar eine Desinfizierung der Speisereste vorgenommen wird. Zu diesem Zweck ist an der anderen Seite des vorerwähnten Gebäudes ein besonderer kleiner Raum angeordnet; hier werden die Speisereste in einem Kochkessel von 50 Liter Inhalt nochmals durchgekocht und erst in sterilisirtem Zustande beseitigt. Auf diese Weise ist jede Krankheitsübertragung durch die aus den Krankenzimmern stammenden Speisen und Getränke ausgeschlossen.

Da die Angelegenheit des in den fünfziger Jahren zum Tode verurtheilten und hingerichteten Jägers Puttlich wieder ausgegraben worden ist und zu Erörterungen Veranlassung gegeben hat, so ist es vielleicht angezeigt, das Thatfache aus jenen sensationellen Kriminalfällen wie folgt zusammenzustellen. Am 20. März 1855 wurde die im Hause Anhalter Kommunikation 1 wohnende Rätlerin Dorothea Storb in ihrer Wohnung an der Thürkante mittelst einer Leine erhängt vorgefunden. Sie war offenbar mit einem Faustschlag ins Auge betäubt, dann gewürgt und erhängt worden. Der Verdacht der Thaterschaft fiel auf den 28-jährigen Jäger Georg Karl Dietrich Puttlich, den unehelichen Sohn eines in Berlin lebenden Fräulein von Puttlich, welcher mit der Ermordeten Bekanntschaft unterhalten, mitunter auch Geld von ihr entliehen hatte. Er wurde verhaftet und legte ein Geständnis ab, daß er am 18. März Abends bei Gelegenheit eines Streites die Storb getödtet und dann mit einer Leine, die er zufällig auf dem Tische habe liegen sehen, an der Thürkante aufgehängt habe. Die Staatsanwaltschaft war lediglich auf dieses vollkommen glaubwürdige Geständnis angewiesen und erhob nur Anklage wegen Todtschlags. In der am 30. Juli 1855 und die folgenden 4 Tage vor dem Stadt-Schwurgericht stattgefundenen Verhandlung widerrief Puttlich sein Geständnis, leugnete jede Schuld und stellte in Abrede, am 18. März überhaupt bei der Ermordeten gewesen zu sein. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen sollte in diesen Fällen der Staatsanwaltschaft zur stärksten Stütze werden. Die Reue erschien in Gestalt einer Frau Bartel, welche der Gerichtsverhandlung beiwohnte und sich nun erinnerte, daß zwei Tage vor jenem Mord ein junger Mensch bei ihr nach einem Seiler gefragt und sie denselben einen solchen bezeichnet habe. Die Kriminalpolizei ermittelte den Seiler, dem nun auch einsehl, daß er ein Stück Leine besäße, von welcher er zwei Tage vor dem Mord an einen jungen Mann verkauft habe, welcher der Beschreibung nach Puttlich sein mußte. Es zeigte sich, daß die zur Ermordung benutzte Leine unweisslich von der Leine dieses Seilers entnommen war. Der Seiler erkannte nun aber den Puttlich nicht mit Bestimmtheit als den Käufer des Stückes Leine wieder, dagegen erkannte ihn mit der allergrößten Bestimmtheit als bei dem Verkaufe anwesend gewesene Dienstmädchen des Seilers, welche sofort gesagt hatte, daß der Käufer einen grauen Rock und Stulpenhiesel getragen habe. Nunmehr änderte der Staatsanwalt seine Anklage auf Mord und mit dem Staatsanwalt waren die Geschworenen der Ansicht, daß Puttlich in vorher überlegter Absicht die Storb ermordet habe. Es konnte nicht festgestellt werden, daß der letztere Gelder oder Werthsachen stehlen, bei Puttlich sind auch keine geraubten Gegenstände gefunden worden. Trotzdem sprachen die Geschworenen (wie man damals sagte mit 11 gegen 1 Stimme) den Angeklagten des Mordes schuldig und es wurde über ihn die Todesstrafe verhängt. Seine Vertheidigung führte der damals im Zenith seines Ruhmes stehende, vor kurzem verlebene Deyks, den Borst in Gerichtschof führte Stadtgerichtsrath Busse, als öffentlicher Ankläger fungirte Staatsanwalt Adler. — Der Fall des Jägers Puttlich mit seinen vielen merkwürdigen juristischen Momenten hatte das damalige Berlin in eine gewaltige Aufregung versetzt. Puttlich, welcher bis zum letzten Augenblicke seine Schuld eingestanden, wurde am 24. Juni 1855 im Gasse des Zellengefängnisses durch Reindel hingerichtet. Noch kurz vorher hatte der Beamte in einem Reuebegrüßung den Nachweis zu führen versucht, daß er auf Grund einer falschen Zeugenaussage verurtheilt worden sei. Dieser Nachweis war ihm aber nicht gelungen, vielmehr wurde in den gesetzlichen Instanzen das Reuebegrüßung für unbegründet erachtet und zurückgewiesen. Sodann that die Mutter des Verurtheilten Schritte zur Erlangung der königlichen Gnade, aber auch diese letzten Schritte blieben fruchtlos. — Dies die Geschichte vom Jäger Puttlich, welche nun nach 86 Jahren aus Anlaß der Thatfache, daß die Grabstätte desselben noch erhalten und gepflegt wird, Gegenstand von Zeitungserörterungen über einen Justizmord geworden ist.

Im Morast umgekommen. Von einem Augenzeugen erhält ein hiesiges Blatt über einen schrecklichen Unglücksfall, der sich vorgestern im Brunenwald am Hohensee zgetragen, folgende Mittheilung: „Ich hörte plötzlich einen gelenden Schrei, der von einer jugendlichen Stimme herabrührte. Von einer bangen Ahnung erfüllt, ging ich dem Schalle nach und sah plötzlich an dem mir gegenüber liegenden Ufer des Sees zwei Gestalten im Morast sich herumrollen, die unaussprechlich um Hilfe riefen. Sofort eilte ich mit mehreren Personen, die ich in der Nähe des Restaurants Hohensee aufforderte, mir zu folgen, nach jener Stelle und es bot sich uns hier ein entsetzlicher Anblick dar. Aus dem tiefen Morast sahen wir zur Linken zwei Beine eines Mädchens, zur Rechten den Kopf eines jungen Menschen hervorstechen. Im Nu übersehen wir die ganze Scene. Das Mädchen war kopfüber in den Morast gefallen und dann verfallen, ebenso der junge Mensch, der es genagt, das Mädchen zu retten. Die beiden Personen wurden nun sofort aus dem Morast befreit, sie waren beide bereits leblos. Das Mädchen, das sich so weit von einer größeren Gesellschaft entfernt, um Kalmsus zu suchen, denn in ihrer Hand hielt sie noch mehrere solcher Stauden, ist die Tochter eines in der Möckernstraße wohnenden Arbeiters, Namens Günther. Die Leiche des jungen Menschen konnte noch nicht ermittelt werden.“

Eine entsetzliche Katastrophe wurde am Sonnabend-Abend in Spandau nur mit knapper Noth abgewendet. Die dortige sehr verkehrreiche Klosterstraße wird kurz hinter einander im Niveau von zwei Eisenbahnen gekreuzt. Nachdem auf der einen Strecke um 7 1/2 Uhr ein von Rathenow kommender Personenzug den Uebergang passirt hatte und die Barrieren wieder geöffnet waren, beilien sich die zahlreich zu beiden Seiten wartenden Menschen und Fuhrwerke, über den Bahndörper zu gelangen. In diesem Augenblicke erhielt der Bahnwärter das Signal, daß vom nahen Bahnhof ein Schnellzug abgelassen sei. Vergeblich bemühte sich jetzt der Wärter, die Barrieren zu schließen. Ueber den Bahndörper wälzten sich, von Nachkommenden gedrängt, in wirrem Durcheinander Menschen, Wagen und ein Transport gefloppelter Pferde. Der Bahnwärter und einige besonnene Männer suchten das nicht abnende Publikum zurückzudrängen, man schlug auf die Pferde, um sie anzutreiben, das Geseise war aber nicht mehr freizumachen. Der Zug brauste heran, und schon wandten sich Viele ab, um das Furchtbare, das unermesslich schien, nicht zu sehen. Da, im letzten Moment erlöste die Rostpfeife, die Bremsen wurden angezogen und der Zug stand unmittelbar am Uebergang. Ein unabwehrbares Unglück, eine Katastrophe, so furchtbar wie seiner Zeit die auf dem Bahnhof Steglitz, war verhütet. Eine Ueberführung der Geseise, welche Spandau schon lange dringend geordert hat, ist hier unabweislich nothwendig.

Polizeibericht. Am 30. v. M., Nachmittags, gerieth an der Ecke der Pallasstraße und der unteren alten Straße 12a der neben seinem, mit Plastersteinen besetzten Wagen hergehende Kutcher August Scholz infolge eines Falles unter die Räder desselben und wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — In der Nacht zum 31. v. M. verübte der Schlosser Holz in der Ballonstraße mit einem geladenen Revolver Unfug. Als der Wächter ihm die Waffe wegnehmen wollte, ent-

und sich dieselbe und traf die Kugel einen Vorübergehenden im Gesicht, ohne ihn jedoch bedeutend zu verletzen. — Am 31. v. M. zwei junge Männer mit der Schneiderin Emma Kunert in einem Boot eine Wasserfahrt auf der Spree machten, schlug dasselbe in der Nähe des Schlosses Bellevue um, sodass sämtliche Insassen ins Wasser fielen. Hierbei ertrank die Kunert, während ihre beiden Begleiter sich retteten. — Vor dem Schlesischen Thore, nahe dem Steingebäude, wurde Abends ein fünfjähriger Knabe von einer Kutsche überfahren und an beiden Beinen und an der Hand so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause Behandlung erforderlich wurde. — Auf dem Schlesischen Bahnhofe stürzte zu derselben Zeit der Hilsfährer Schiffer von einer in voller Fahrt befindlichen Lokomotive und erlitt einen Schädelbruch, so daß er auf der Stelle verstarb. — An der Ecke der Rheinsberger- und Brunnenstraße fiel Abends die unverschämte Helene Buchholz beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zu Boden und erlitt eine Gehirnerschütterung, so daß sie bewußtlos noch der Charité gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 1. d. M. fiel in der Warschauerstraße ein Mann in der Trunkenheit die etwa sechs Meter hohe Böschung der Rampe zur Warschauer Brücke hinab und zog sich dadurch so bedeutende Verletzungen zu, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Am 30. v. M. Vormittags fand in dem Hause der durch vier Stockwerke vertheilten Alkumfabrik von Kämpfer, Gilschinerstraße 70, ein Brand statt, wodurch bedeutende Waarenverräthe zerstört wurden. — An demselben Tage Mittags brannten die mit Heu und Stroh gefüllten Futterbedden über den Pferdeställen der Schultheißschen Brauerei, Franzstraße 86. — Am 31. v. M. Nachmittags geriet ein Theil des Dachstuhl eines auf dem Hofe des Kriegsministeriums stehenden Gebäudes in Brand. — Außerdem fanden am 30. und 31. v. M. zehn kleine Brände statt.

Theater.

Im Wasser-Theater erlebte gestern das Schauspiel ohne Worte „Der verlorene Sohn“ von M. Carré Sohn, Musik von André Wormser seine erste Aufführung, und zwar mit demselben großen Erfolge, das dieses eigenartige Werk in Wien und Paris erfahren. Die Handlung spielt sich nur zwischen sechs Personen ab und repräsentirt in ihrer Dürftigkeit das ganze Fühlen und Denken unserer Bourgeoisie. Der erste Akt führt uns in das Heim der Eltern Pierre's. Der junge P. ist unglücklich, unzufrieden mit sich und Allem. Der junge Mann hat sich in das Wäscherinnen Pignette verliebt, die mit ihm auf und davon gehen will, falls er das nötige Kleingeld dazu hat. Er beschließt, sie zu entführen, befehlt seine Eltern, die er schlafend glaubt, die jedoch Zeugen seines Verbrechens sind. Starren Blickes sehen sie auf den ungerathenen Sohn, der mit dem gestohlenen Gelde von dannen eilt. Im zweiten Akt sind wir im Boudoir der Pignette, die bereits ihres Liebhabers überdrüssig geworden ist, da seine Finanzen zu Ende sind. Er beschließt als Falschspieler sein Glück zu versuchen, um sich Geld und Geliebte wieder zu gewinnen. Das Glück ist ihm hold, doch als er mit gefüllten Taschen zurückkehrt, ist Pignette bereits mit einem Baron, denn anders thut man's nicht, durchgegangen. Im letzten Akt finden wir uns wieder im Elternhause Pierre's. Der alte P. will von seinem Sohne trotz der Bitten der Mutter nichts mehr wissen. Als der Vater für kurze Zeit die Wohnung verläßt, pöcht ein Beilieb an die Thür, natürlich Jung-Pierre, der freudig von der Mutter in die Arme geschlossen, jedoch vor dem zurückkehrenden Vater verborgen wird. Der alte P. durchschaut jedoch Alles. Die Mutter fordert ihren Sohn auf, den Vater knieend um Vergebung zu bitten, alles vergebens. Da erdnt ferner Trommelwirbel. Der folgende militärische Marsch weist dem jungen P. den Weg zu „Ruhm und Ehre“. Er bestürmt den Vater, welcher, um zu vermeiden, seine Einwilligung giebt, in den Krieg zu ziehen. P. tritt hinaus, um sein Unrecht zu sühnen und als Held in die Arme der Eltern zurückzuführen. Dies ist die Fabel des Stückes, in dem neben räthselhaftem Ernst auch sogenannter Scherz zur Geltung kommt. Es verleiht noch auf die Musik hingewiesen zu werden, die überaus anziehend und charakteristisch ist. Sie erläutert die Vorgänge auf der Bühne in trefflicher Weise. So z. B. ist das Summen einer Fliege, die Jung-Pierre singt, um die Geliebte zu schlingen, durch die Musik mit bewunderungswürdiger Feinheit wiedergegeben. Der Erfolg des Abends ist wohl in erster Linie Fel. Helene Dollon (Jung-Pierre) zuzuschreiben. Ihre Darstellung war lebendig und wahr und zeugte von ernstem Studium. Fel. Ely Bender (Pignette) brachte ebenfalls ihre Rolle zu besser Geltung, hätte jedoch etwas beweglicher sein müssen. Die Eltern Pierre's fanden angemessene Berücksichtigung durch Herrn Franz Guthert und Frau Walter-Trost. In dem alten Baron schuf Hr. Alexander eine ergötzliche Episode und Hr. Müller, der als Negre-Palais über die Bühne schritt, entsetzte durch seine vorzügliche Maske die Lachlust des Publikums.

Ungeliebt wurde der Abend durch einen Einakter von G. Cohnig: „Das Modell“, ein sehr harmloses Stück mit drolligen Verwickelungen, welches Frau Anna Schramm Gelegenheit gab, sich nach ihrer Krankheit dem Publikum wieder vorzustellen. Diefelbe wurde mit Jubel empfangen und durch Blumen Spenden ausgezeichnet. Daneben glänzte noch Herr Karl Weigner als Modell, der die ganze Kraft seiner Komik aufbot, um dem Stück zum Erfolg zu verhelfen. B. B.

Gerichts-Beitrag.

Aus dem Urtheil, welches die vierte Strafkammer des Landgerichts I am Sonnabend in dem Majestätsbeleidigungsprozess gegen Genossen Sätgenau fällt, sind noch folgende Sätze sachlich bemerkenswerth. Es sei nicht beleidigend, wenn der Angeklagte von „sozialen“ oder „sozialistischen“ Ideen des Kaisers gesprochen habe. Auch erachte der Gerichtshof es nicht für beleidigend, wenn man von dem Regenten sagen würde, er habe sozialdemokratische Ideen; um dies zu einer Beleidigung zu machen, müsse zu dem Begriff „sozialdemokratisch“ doch noch etwas hinzukommen, sozialdemokratische Ideen seien auch wohl hier und da schon durch die Gesetzgebung ausgeführt worden. Hier in diesem Falle habe nun aber der Gerichtshof thatsächlich für festgestellt erachtet, daß der Angeklagte nur von der „Anerkennung“ bestimmter sozialdemokratischer Forderungen durch den Kaiser gesprochen habe. Dies sei weder obertönig beleidigend, noch könne der Gerichtshof dem Staatsanwalt darin beitreten, daß der Angeklagte das subjektive Bewußtsein der Beleidigung hatte. Es ist vielmehr kein Zweifel, daß seine Worte eine Anerkennung, ein hohes Lob für den Kaiser waren. Darnach mußte Freisprechung eintreten. Der Antrag, die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse aufzulegen, wurde deshalb abgelehnt, weil der Angeklagte wohl keines Vertheidigers bedurfte.

Die allgemeine Noth und Arbeitslosigkeit, welche infolge des letzten harten Winters eintrat, hat unter der arbeitenden Bevölkerung so manchen Opfer gefordert und verschiedene Nachspiele vor dem Schöffengericht und Landgericht haben schon stattgefunden. Auch gestern hatte sich die I. Strafkammer des Landgerichts mit zwei derartigen Fällen zu beschäftigen. Im ersten Fall handelte es sich um einen Kartoffel-Diebstahl, der von zwei Arbeitern und einem Schuhmacher in Adlershof bei Köpenick begangen worden ist. Alle drei waren lange Zeit arbeitslos, alle drei haben keine Familien zu ernähren und nichts zu essen

gehabt, und so haben sie gemeinschaftlich aus einer offenen Kartoffelmühle sich etwas Nahrung geholt. Es wurde jedoch sofort nachbar und die drei „Diebe“ gaben dem Bauer die Kartoffeln, die sie gestohlen hatten, zurück. Dieser ließ sich jedoch, trotzdem ihm nicht der geringste Schaden erwachsen war, ja, trotzdem die drei „Rebellen“ ihm die Mühle noch zu deckten, die sie offen gefunden hatten, und so noch den Rest der Kartoffeln vor dem Erfrieren schlichtete, nicht abhalten von den Sache Anzeige zu erheben, obwohl ihm die Nothlage der drei Unglücklichen bekannt war. Es mußte Verurtheilung erfolgen, doch wurde wegen der Nothlage aller Dreien mildere Umstände bewilligt und kamen sie mit geringen Freiheitsstrafen davon.

Der zweite Fall betraf ein Vergehen gegen § 271 (Verletzung von Falschung von öffentlichen Urkunden, (Büchern u. s. w.). Ein Klempner aus Kummelsburg hatte, da er arbeitslos war, ohne jede Aussicht auf Arbeit sich im letzten Winter auf drei Tage dadurch Essen und ein warmes Quartier verschafft, daß er im Einverständnis mit einem Freund, der drei Tage fast zu verbüßen hatte, für diesen zum Antritt der Strafe sich meldete und dieselbe auch verbüßte. Es waren dadurch falsche Eintragungen in die Listen und Bücher der Strafanstalt zu Kummelsburg entstanden, und daher die gedachte Anklage erhoben. Es wird wieder in Anbetracht der Noth auf milde Strafe (10 Tage Gefängnis) erkannt, da der Angeklagte eine Entschädigung für die Verbüßung jener drei Tage weder gefordert noch erhalten hatte.

Ueber die Frage, ob das Kartenspiel „Poker“ zu den Glücksspielen zu rechnen ist oder nicht, herrschen im Publikum noch immer widersprechende Ansichten, trotzdem mehrfach gerichtlich anerkannt worden ist, daß das genannte Spiel zu den verbotenen gehöre. Wie gefährlich es für einen Schankwirth ist, eine derartige Unterhaltung der Gäste in seinem Lokale zu dulden, das hat der Restaurateur Sch. erfahren müssen, welcher viele Monate hindurch in der Furcht geschwebt hat, daß in der gegen ihn erhobenen Anklage wegen Duldens von Hazardspiel seine Verurtheilung erfolgen würde, welches unbedingt die Konfessionsentscheidung zur Folge gehabt haben würde. Das Schöffengericht hatte ihn zwar freigesprochen, der Staatsanwalt aber Verurteilung eingeleitet und so kam gestern die Sache vor der zweiten Instanz zur Verhandlung. Den Sachverhalt gab der Angeklagte zu. Nachmittags hatten sich zu verschiedenen Malen Gäste eingefunden, die um kleine Einsätze „gepokert“ hätten, und auch der Wirth hatte sich ab und zu daran betheiliget. Der höchste Gewinn, mit dem je einer der Spieler davongegangen, betrug 1.50 M. Keinem der Mitspieler und auch dem Angeklagten nicht sei je der Gedanke aufgekommen, daß das Spiel verboten sei, der Lokale versicherte, daß er sonst nie durch Dulden desselben seine Erlöse auf Spiel gesetzt haben würde. Der Staatsanwalt beantragte demnach das Schuldig und eine Geldstrafe von 20 M. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Grabower, bot dagegen, den Angeklagten Glauben zu schenken und wie die Vorinstanz wegen mangelnden Schuldbewusstseins freizusprechen. Auch bemühte sich der Vertheidiger, den Gerichtshof zu der Ansicht zu bewegen, daß Poker als ein Hazardspiel nicht anzusehen sei, denn es werde wie Stat mit Trümpfen gespielt und sei nicht allein vom Glück abhängig. In Betreff des Charakters des Spiels war der Gerichtshof allerdings der Ansicht, daß es als ein Glücksspiel anzusehen sei, der Angeklagte wurde aber freigesprochen, weil angenommen wurde, daß er im guten Glauben gehandelt.

Offen, 1. Juni 1891.

Die Bochumer Steuereinschätzungs-Verhältnisse vor Gericht.

Erster Tag der Verhandlung.

Der mit so großer Spannung erwartete Prozeß betreffs der Bochumer Steuereinschätzungs-Verhältnisse nimmt heute vor der Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts seinen Anfang. Die in Bochum erscheinende, in ultramontanem Sinne redigirte „Westfälische Volkszeitung“ enthielt bekanntlich im vergangenen Jahre eine Reihe von Artikeln, in welchen die Behauptung aufgestellt wurde, daß ein großer Theil der Bochumer Bürger und zwar gerade die vermögendsten, unter ihnen die Mitglieder des Magistrats, die meisten Stadtverordneten und sogar die meisten Mitglieder der Einschätzungs-Kommission, sowie eine Anzahl von Juristen und juristischen Personen, namentlich der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation viel zu wenig Steuern zahlten. In den Artikeln wurde ferner behauptet, daß die Mitglieder der Einschätzungs-Kommission Kenntnis von den Vermögensverhältnissen der einzelnen zu gering eingeschätzten Personen gehabt und daß sie trotz dieser Kenntnis die früher schon vorhandene, allzu geringe Einschätzung beibehalten hätten. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, daß sowohl die Einschätzenden als auch die zu gering besteuerten Personen der evangelischen Konfession und politisch der nationalliberalen Partei angehörten und als Beweggrund der unverhältnismäßig niedrigen Einschätzung die gleiche Konfession und politische Parteilichung angegeben. Ferner wurde den Leitern der städtischen Armenverwaltung zu Bochum der Vorwurf gemacht, daß sie an falscher Stelle sparten und das Sparsystem gerade auf Kosten der Armen zur Geltung brächten. Die städtische Verwaltung, so wurde in den Artikeln behauptet, leide darunter, daß sie sich durch die in ihrer Mitte vorhandenen Mitglieder, welche dem Bochumer Gußstahlverein angehörten, derartig beherrschen lasse, daß oftmals die Interessen der Stadt den Interessen des Bochumer Vereins nachstehen müßten.

Im Speziellen wurde etwa Folgendes in den Artikeln bemerkt: „Während die ärmere Leute und der Mittelstand durchweg bis an die Grenze des Möglichen bei der Steuerveranlagung von den Einschätzungs-Kommissionen herangezogen worden seien, wären diejenigen Personen, welche ein großes Einkommen hätten, nur gewöhnlich mit einem geringeren Theile dieses Einkommens zur Steuer veranlagt worden. So habe Generaldirektor Baare ein jährliches Einkommen von 330 000 M., bezahle aber nur für ein Einkommen von 28 000—32 000 M. Steuern, also nicht einmal den zehnten Theil dessen, was er bezahlen müßte. Der Generaldirektor Prielinghaus sei mit einem Einkommen von 7200—8400 M. eingeschätzt, habe aber ein solches von mindestens 120 000 M. Der Vergrath Schulz besteuere ein Einkommen von 10 800 bis 12 000 M., habe aber thatsächlich ein zehnmal größeres. Der Generaldirektor Hoffmann habe ein Einkommen von 54 000 bis 60 000 M., besteuere aber nur ein solches von 9400—9600 M. Die Einnahmen des Apothekers Hartmann beliefen sich jährlich auf etwa 40 000—50 000 M., Steuern zahle er nur von einem Einkommen von 7200—8400 M. Die Gebrüder Robert und Karl Korte seien zu einem Einkommen von 9000—10 800 M. eingeschätzt, bezögen aber jährlich: Robert Korte 86 000, Karl Korte 60 000 M. Der Stadtverordnete Wilhelm Mummehoff habe ein jährliches Gesamteinkommen von 10 000—12 000 M., besteuere aber nur ein solches von 3600—4200 M. Ein gleiches Einkommen besteuere der Stadtverordnete Schwenger, obwohl auch dieser ein Einkommen von 10 000—12 000 M. habe. Der Stadtverordnete Tegeler sei mit einem Einkommen von 4200—4500 M. eingeschätzt, habe aber mindestens 15 000 M. jährliche Einnahme. Der Hüftendirektor Dreger sei sogar nur in die erste Stufe der Einkommensteuer eingeschätzt, während er sehr gut die neunte Stufe bezahlen könne. Die Söhne des Generaldirektors Baare seien ebenfalls viel zu niedrig eingeschätzt. Der Generalsekretär Baare sei in der sechsten, der Dr. Baare in der vierten Steuerstufe veranlagt. Beide gehörten die zwölfte oder elfte Steuerstufe.

Wegen dieser Artikel haben sich heute der Chefredakteur der „Westfälischen Volkszeitung“, Fudangel, und der verantwortliche Redakteur derselben Zeitung, Lunemann, wegen wiederholter verleumdender Beleidigung und Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten vor Eingang bescheidener Gerichtshofe zu verantworten. Fudangel heißt mit Vornamen Johannes. Er ist am 27. März 1852 zu Düsseldorf geboren, katholischer Konfession und bereits 29 Mal, und zwar wegen öffentlicher Beschimpfung der

katholischen (d. h. altkatholischen) Kirche, wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und Beleidigung, wegen Verächtlichmachung von Staats-Einrichtungen, sowie wegen Uebertretung des Preßgesetzes bestraft. — Lunemann heißt mit Vornamen Arnold. Er ist am 17. Februar 1861 in Steele geboren, katholischer Konfession und bereits einmal wegen Beleidigung und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung bestraft.

Es sind weit über 100 Zeugen geladen und da außerdem die Beleidigten sämmtlich als Nebenkläger auftraten, so dürfte die Verhandlung mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Vertheidigung führen die Rechtsanwälte Kohn (Dortmund), Schunk (Bochum) und Ballach (Essen). Die Nebenkläger sind die Rechtsanwälte Tesoag (Dortmund), Dr. Schwering (Bochum) und Justizrath Schulz (Hagen).

Arbeiterbewegung.

Nonbaig, 1. Juni. Die Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen hatten, beschlossen den allgemeinen Ausstand für morgen. Dieser Ausstand dürfte das Feiern fast aller Weber- und Arbeiter zur Folge haben.

Bilbao, 31. Mai. Infolge der Auflösung einer Versammlung Streikender kam es zwischen den Polizeimannschaften und den Streikenden zu einem Zusammenstoß. Einer der Streikenden wurde getödtet. Infolge dieser Verhältnisse wurde der Verlagerungszustand proklamirt; die Häuser wurden verhaftet.

London, 1. Juni. Der Streik der Schneider scheint weitere Ausdehnung zu gewinnen. Die Arbeiter von Westend beabsichtigen, ebenso wie die von Ostend, die Arbeit einzustellen. Es sollen bereits gegen 6000 Schneider und Schneiderinnen die Arbeit eingestellt haben.

New-York, 28. Mai. Mit Bezug auf das Gesetz, welches das Verbot von im Ausland kontrollirten Arbeitern verbietet, ist gestern eine bemerkenswerthe Entscheidung getroffen worden. In Scranton im Staate Pennsylvania hatte nämlich eine Gesellschaft beschlossen, eine Gardinenfabrik zu errichten und zu diesem Zwecke 60 geschickte Arbeiter aus England kommen zu lassen. Als eine diesbezügliche Anfrage erwiderte der Sekretär des Schachamies, daß das Gesetz das Engagement von ausländischen Arbeitern nicht verbiete, sobald dieselben für einen neuen, in den Vereinigten Staaten noch nicht bestehenden Industriezweig bestimmt seien. — Hinter dieser Entscheidung verbirgt sich natürlich die Absicht, das den Kapitalisten unbenahme Einwanderungsgesetz durch eine lächerliche Interpretation lahm zu legen.

Soziale Ueberblick.

In der in Nr. 123 enthaltenen Notiz über die Sonntag'sruhe der Barbiergehilfen wird uns von den betreffenden Reichthümern mitgetheilt, daß der Hauptinhalt der Mittheilung den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Die Herren bestreiten namentlich die Länge der Arbeitszeit. Es liegt kein Innungsbeschluss über den Schluß der Geschäfte vor, vielmehr wird von jedem Bezirk beschlossen, wann die Geschäfte Abends an Sonn- und Feiertagen geschlossen werden. In der Bezirksversammlung, die über diese Frage stattfand, konnte man zu einem endgiltigen Resultat nicht gelangen, vielmehr blieb es den einzelnen Geschäftsinhabern überlassen, nach Lage der Verhältnisse den Schluß ihrer Geschäfte herbeizuführen. Im Allgemeinen gingen die Wünsche dahin, daß die Geschäfte um 6 Uhr geschlossen würden. Die Art des Geschäftes läßt es überhaupt nicht zu, daß die Geschäfte pünktlich zur Minute geschlossen werden. Herr D. Scholber, Schleifschleifer 87, bestreitet besonders, daß er sich niemals in mißliebiger Weise über die Bestrebungen der Sozialdemokratie ausgelassen habe.

Bei den fünf Prinzipalen, die in dem betreffenden Artikel genannt sind, ist es klar, daß die Gehilfen gegen 6 Uhr das Geschäft verlassen. Findet natürlich ausnahmsweise ein härteres Andrang statt, so liegt es ebenso im Interesse der Rundschaft, daß die Gehilfen solange im Geschäft verbleiben, bis das Publikum abgefertigt ist.

Zwei der Prinzipale hatten bereits im vorigen Jahre den Versuch gemacht, einen früheren Schluß der Geschäfte herbei zu führen. Dieser Versuch scheiterte aber gerade an dem Geschäftsinhaber derjenigen Person, auf welche die betreffende Notiz zurückgeführt wird. Der betreffende Herr konnte sich auch vor einem Jahre nicht dazu entschließen, sein Geschäft um 6 Uhr zu schließen. Die Namen der in dem Artikel der Nr. 123 angeführten Prinzipale, die sich auf das Entschiedenste gegen die Vorworte verwehren, sind die folgenden:

- D. Scholber, Schleifschleifer 87.
- A. Radein, Grotzstr. 52.
- H. Rensch, Brangelftr. 91.
- J. Grob, Falkensteinstr. 10.
- H. Benz, Falkensteinstr. 25.

Uns wird geschrieben: Nachdem die Arbeiterkontrollmarke in der Futurindustrie und später als Fabrikmarke auch in der Genossenschafts-Schuhmacherei zu Erfurt Eingang gefunden, hat sie sich auch durch die Chemnitzer Genossenschaftswirthe bereits in der Textilindustrie einen Weg gebahnt und schiebt sich jetzt an, in dieser immer mehr an Boden zu erobern. In hiesigen Textil-Arbeiterkreisen trägt man sich nämlich seit einiger Zeit ernstlich mit dem Gedanken, der Marke für die gesamte Textilindustrie Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zweck soll, so schreibt uns unser Gewährsmann, dem wir die vorstehende Mittheilung verdanken, weiter, in der nächsten Zeit, und namentlich hier in Berlin, eine rege Agitation entfaltet werden, für welche schon bedeutende Mittel, durch wohlmeinende Fabrikanten aufgebracht, vorhanden sind. Freilich verheißt man sich in den beteiligten Kreisen nicht, daß die Bedingungen, unter welchen man nur die Marke abzugeben gedenkt, derselben hindern in den Werk treuen dürften, ein Umstand, der jedoch, wie man hofft, mit Hilfe des konsumirenden Publikums beseitigt werden könnte; man rechnet auf die Gutherzigkeit jener Bedingungen seitens des Publikums. Hier sind sie:

1. Vermeidung der Nachtheile und Heimarbeit.
2. Unterhaltung eines eigenen Fabrikbetriebes.
3. Innehaltung der 9stündigen Maximal-Arbeitszeit.
4. Anerkennung eines von der Gewerkschaft aufgestellten Lohnsatzes.
5. Gleicher Lohn für gleiche Leistungen.
6. Gute Behandlung der Arbeiter und dergl. mehr. —

Schon durch die erste Bedingung glauben die Arbeiter sich die Sympathien wenn nicht des gesamten Publikums, so doch der gesamten Arbeiterschaft zu erwerben, da alle Arbeiter mehr oder weniger unter den schädlichen Wirkungen jener Arbeitsformen zu leiden haben, auf welche das bekannte rheinische Urtheil über die deutsche Industrie: „Billig und schlecht“, ganz besonders paßt, vornehmlich was die Nacharbeit anlangt. Die Arbeiterschaft wird, so hofft man, einsehen, daß die Marke nicht nur eine Schutzmarke für den Produzenten, sondern auch für den Konsumenten werden soll und wird. Wie der Produzent durch sie vor Ueberbürdung und maßloser Ausbeutung, soll der Konsument durch dieselbe vor Uebervertheilung beim Einkauf geschützt werden, da die Marke der Schutzproduktion und Schutzkonsumtion in jedem Fall vorzuziehen werden wird. Wer also markirt, mithin auch auf die Qualität kontrollirte Waaren kauft, kann sich stets versichert halten, weiß zu kaufen,

